



Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen
Wirtschaft im Frühjahr 1993

Die Lage der Weltwirtschaft	237
Die wirtschaftliche Lage in Deutschland	246
Zur Wirtschaftspolitik in Deutschland	258

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 18-19/93

Berlin

6. Mai 1993

60. Jahrgang

Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 1993

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft
deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V., München:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
(Institut für Konjunkturforschung)

HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung — Hamburg

ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Institut für Wirtschaftsforschung Halle

Rheinisch-Westfälisches Institut
für Wirtschaftsforschung, Essen

Abgeschlossen in Kiel am 29. April 1993

Die Lage der Weltwirtschaft

Überblick

In den Industrieländern überwogen im Winterhalbjahr weiterhin die konjunkturellen Schwächetendenzen; insgesamt stieg die Produktion nur wenig. Zwar setzte sich in Nordamerika eine deutliche Belebung durch, in Japan aber hielt die Stagnation an, und in Westeuropa ging das Bruttoinlandsprodukt nunmehr zurück. Fast 8 vH der Erwerbspersonen sind in diesem Frühjahr in den Industrieländern ohne Beschäftigung, etwa ein Drittel mehr als zu Beginn des Abschwungs Mitte 1990; besonders stark ist die Arbeitslosigkeit in Westeuropa gestiegen. Angesichts der Unterauslastung des Produktionspotentials blieb der

Kosten- und Preisauftrieb im allgemeinen mäßig. Auf den Weltmärkten für Rohstoffe und Nahrungsmittel sanken die Notierungen nochmals merklich.

In den USA gingen die Impulse für den Aufschwung vor allem von der Geldpolitik aus. Die niedrigen Zinsen stimulierten, begünstigt von Fortschritten bei der finanziellen Konsolidierung von Unternehmen und privaten Haushalten, die Nachfrage. Dagegen haben in Japan — wo der Konjunkturabschwung erst 1991 eingesetzt hatte — die weitere Senkung der Zinsen sowie die finanzpolitischen Maßnahmen noch nicht zu einem Umschwung der Konjunktur geführt, weil Bemühungen von Unternehmen,

Banken und privaten Haushalten zur Korrektur der vorangegangenen spekulativen Übersteigerungen nach wie vor einen bremsenden Einfluß hatten.

In Westeuropa wirkte die Geldpolitik in den meisten Ländern noch stark dämpfend. Die nur sehr langsame Senkung der Leitzinsen in Deutschland begrenzte den Spielraum für eine monetäre Lockerung. Das galt insbesondere für die Länder, deren Währungen — bis in das laufende Jahr hinein — immer wieder unter Abwertungsdruck gerieten und die, anders als Großbritannien, an Wechselkurszielen festhielten. Hier unterschreiten die kurzfristigen Zinsen zumeist kaum das Niveau vor den Währungsturbulenzen im Spätsommer. Die langfristigen Zinsen aber haben wegen der Konjunkturschwäche und der Eindämmung der Inflationserwartungen deutlich nachgegeben. Verschuldungsprobleme des privaten Sektors belasteten die Konjunktur vor allem in Großbritannien und in Skandinavien.

Die Finanzpolitik ist nur in Japan nachdrücklich auf eine Stimulierung der Konjunktur gerichtet. Neben einer kräftigen Erhöhung der Ausgaben für öffentliche Arbeiten und für Investitionen werden auch erhebliche Mittel für eine Stützung des Finanzsektors aufgewandt, namentlich durch Landkäufe des Staates. In den USA wirkt die Finanzpolitik in diesem Jahr auch unter Einschluß des gegenwärtig beratenen Konjunkturprogramms kaum expansiv. Für das nächste Jahr sind im Zuge der angekündigten Haushaltskonsolidierung, die überwiegend durch Abgabenerhöhungen erfolgen soll, dämpfende Effekte zu erwarten. In Westeuropa lassen die meisten Regierungen in diesem Jahr wegen der unerwartet schwachen Konjunktur offenbar deutlich höhere Budgetdefizite zu als veranschlagt, so daß zumindest die automatischen Stabilisatoren wirken können. Indes wird häufig mittelfristig eine Konsolidierung — zum großen Teil von der Einnahmeseite her — angestrebt, um Erwartungen steigender Zinsen entgegenzuwirken, aber auch um die Kriterien des Vertrages von Maastricht zu erfüllen.

Die geldpolitischen Rahmenbedingungen werden sich in den USA im weiteren Verlauf dieses Jahres wahrscheinlich wenig verändern. Die Zinsen dürften nach der deutlichen Konjunkturbesserung nicht weiter gesenkt werden. In Japan deuten erste Anzeichen darauf hin, daß die bremsenden Wirkungen der Konsolidierungsbemühungen von Banken, Unternehmen und privaten Haushalten allmählich geringer werden. Zinssenkungen sind kaum noch zu erwarten, es sei denn, die Aufwertung des Yen setzte sich fort. Für Deutschland zeichnen sich vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Rezession und der Mäßigung des Lohnauftriebs weitere Senkungen der Leitzinsen ab. Ausmaß und Tempo sind allerdings ungewiß. Für die Prognose wird angenommen, daß der kurzfristige Zinssatz bis zum Jahresende um annähernd zwei Prozentpunkte zurückgeht. Dieser Entwicklung werden die meisten westeuropäischen Länder folgen. Die Rückführung der Sätze bis auf das Zinsniveau in Deutschland wird jedoch nicht in jedem

Fall möglich sein, da die Wirtschaftspolitik nicht immer genügend Vertrauen auf den Finanzmärkten findet.

Bei der zu erwartenden Verringerung des Zinsgefälles zwischen Westeuropa und den USA wird angenommen, daß der Kurs des Dollars noch steigt; ein Teil der Anpassung scheint aber bereits mit der deutlichen Höherbewertung im Laufe des Winterhalbjahres vorweggenommen zu sein. Die Relationen zwischen den westeuropäischen Währungen werden sich vorerst wohl nicht mehr einschneidend verschieben. Allerdings gibt es Wechselkursrisiken, die mit der Ungewißheit über den Fortgang des europäischen Einigungsprozesses zusammenhängen.

Die Perspektiven für die Weltkonjunktur im Verlauf dieses Jahres sind in den letzten Monaten vor allem deshalb günstiger geworden, weil sich die Erholung in den USA gefestigt hat. Zwar wird sich die Expansion nach den Erfahrungen von Unternehmern und Konsumenten mit den Verschuldungsproblemen der letzten Jahre wohl nicht so stark beschleunigen wie in früheren Aufschwungsphasen. Dennoch steigt die Auslastung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials merklich. Der Aufschwung trägt wegen der großen Bedeutung der USA als Absatzmarkt insbesondere in Japan zu einer Verbesserung des Konjunkturklimas bei. Dort wird die Produktion indes zunächst vor allem aufgrund der kräftigen Steigerung der staatlichen Nachfrage zunehmen; im privaten Sektor dürfte die Belebung nur zögernd in Gang kommen.

In Westeuropa verbessert das günstigere weltwirtschaftliche Umfeld das Konjunkturklima ebenfalls. Die Anstöße für eine Überwindung der Rezession müssen allerdings aus Westeuropa selbst kommen. Entscheidend wird sein, daß die Zinsen, wie hier angenommen, zügig gesenkt werden. Da sie die Nachfrage erst mit Verzögerung anregen, wird die Konjunkturabschwächung aber nur allmählich zu Ende gehen. Abgesehen von Großbritannien, wo eine Belebung wohl in Gang gekommen ist, kann erst gegen Jahresende mit einem leichten Anstieg der wirtschaftlichen Aktivität gerechnet werden.

Alles in allem wird sich das Tempo des Produktionsanstiegs in den Industrieländern im Laufe des Jahres leicht verstärken. Der Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts wird 1993 insgesamt allerdings mit rund 1½ vH ebenso gering sein wie im Vorjahr, vor allem weil sich für Westeuropa noch keine Zunahme abzeichnet; die Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Produktion bleibt damit erneut deutlich hinter der des Produktionspotentials zurück. Erst für 1994 ist mit einem merklich stärkeren Anstieg der Produktion, um knapp 3 vH, zu rechnen. Die Verbraucherpreise werden sich im Durchschnitt der Industrieländer in beiden Jahren um etwa 3 vH erhöhen. Der Weltmarkt wird sich beleben; real dürfte er 1993 um annähernd 4 vH und im nächsten Jahr etwas stärker zunehmen. Die Weltmarktpreise für Erdöl und Rohstoffe werden bei der verhaltenen Weltkonjunktur nur relativ wenig steigen.

Mit einer Überwindung der Konjunkturschwäche in den Industrieländern würde die Gefahr von Handelskonflikten

geringer, und die Aussichten auf einen doch noch erfolgreichen Abschluß der GATT-Runde verbesserten sich. Die osteuropäischen Länder könnten bei einer Erleichterung des Zugangs zu den westlichen Märkten eher aus der wirtschaftlichen Krise herausfinden. Für dieses Jahr zeichnet sich eine Fortsetzung des Niedergangs vor allem in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion sowie in Rumänien ab. Dagegen gibt es in einigen mitteleuropäischen Reformländern Aussichten für ein Ende der Talfahrt und den Beginn einer Belebung der Produktion, wenn auch von einem sehr niedrigen Niveau aus.

Gefestigter Aufschwung in den USA

In den USA hat die konjunkturelle Erholung seit dem vergangenen Herbst deutlich an Schwung gewonnen. Das Bruttoinlandsprodukt ist im Laufe des Winterhalbjahres mit einer Jahresrate von rund 4 vH gestiegen, nach 2,5 vH im Sommer. Die Kapazitätsauslastung nahm wieder zu. Die Beschäftigung wurde allerdings erst sehr zögernd ausgeweitet. Dennoch ermäßigte sich die Arbeitslosenquote bei rückläufigem Arbeitskräfteangebot seit dem Herbst um einen halben Prozentpunkt auf zuletzt 7,0 vH. Der Preisanstieg blieb bisher moderat. Im März war die private Lebenshaltung um knapp 3 vH teurer als ein Jahr zuvor.

Die Inlandsnachfrage hat sich infolge der seit längerem expansiven Geldpolitik beträchtlich erhöht. Dabei nahm der private Verbrauch seit dem vergangenen Herbst beschleunigt zu; zwar sind die verfügbaren Einkommen bei der schwachen Beschäftigungsentwicklung kaum rascher als zuvor gestiegen, aber die Konsumneigung hat sich deutlich vergrößert. Die Unternehmensinvestitionen wurden bei niedrigen Zinsen, verbesserten Ertragsaussichten sowie unverändert schwachem Lohnanstieg nochmals kräftig ausgeweitet; vor allem wurden in verstärktem Maße Ausrüstungsgüter angeschafft, und der zuvor ausgeprägte Rückgang der gewerblichen Bauinvestitionen kam zum Stillstand. Bei den merklich gesunkenen Hypothekenzinsen stiegen die Investitionen im Wohnungsbau weiterhin stark.

Die Exporte von Gütern und Dienstleistungen haben, infolge der lebhaften Nachfrage aus dem lateinamerikanischen sowie dem südostasiatischen Raum, bis zuletzt kräftig zugenommen. Mit der konjunkturellen Belebung wurden aber auch die Importe beschleunigt ausgeweitet. Das Leistungsbilanzdefizit betrug im Jahr 1992 reichlich 62 Mrd. Dollar bzw. 1,1 vH des Bruttoinlandsprodukts; im Jahr zuvor war die Leistungsbilanz — bei umfangreichen Beiträgen der Alliierten zur Finanzierung des Golfkrieges — fast ausgeglichen.

Die Zentralbank blieb darauf bedacht, die konjunkturelle Expansion zu fördern. Die Geldmenge M1 nahm bis zuletzt stark zu. Sie stieg im Laufe des Winterhalbjahres mit einer Jahresrate von rund 11 vH. Die Zinssätze am Geldmarkt verharrten bei rund 3 %. Die Sätze am Kapitalmarkt haben

weiter nachgegeben; sie lagen zuletzt bei knapp 6 %. Vor dem Hintergrund der gedämpften Preisentwicklung dürfte die Zentralbank ihren Kurs vorerst beibehalten. Mit der rascheren gesamtwirtschaftlichen Expansion wird das Niveau der kurzfristigen Zinsen wohl erst im Verlauf von 1994 spürbar steigen.

Die Finanzpolitik plant für das laufende Haushaltsjahr zur Stützung der Beschäftigung zusätzliche Maßnahmen. Dabei ist noch offen, in welchem Umfang das Programm vom Kongreß gebilligt wird. In jedem Fall ist das Volumen so gering, daß hiervon kein spürbarer Einfluß auf die konjunkturelle Entwicklung in diesem Jahr ausgehen dürfte. Auf längere Sicht hat sich die neue Regierung die Durchsetzung eines Konsolidierungsprogrammes zum Ziel gesetzt, das im Zeitraum von vier Jahren eine signifikante Reduzierung des Haushaltsdefizits herbeiführen soll. Dazu sind Ausgabenkürzungen primär im Verteidigungshaushalt und im Sozial- und Gesundheitsetat vorgesehen. Vor allem sollen aber die Einnahmen durch eine Anhebung der Steuersätze für Bezieher höherer Einkommen und für Unternehmen sowie durch die Einführung einer Steuer auf den Verbrauch nicht erneuerbarer Energien gesteigert werden. Für den Erfolg der Konsolidierungsbemühungen ist dabei sicherlich entscheidend, zu welchen Ergebnissen die geplante grundlegende Reform des Gesundheitssystems führt. Im laufenden Fiskaljahr wird das Defizit im Bundeshaushalt rund 300 Mrd. US-Dollar betragen (5 vH des Bruttoinlandsprodukts). Für das Haushaltsjahr 1994 ist mit einer Verringerung des Defizits zu rechnen, die erheblich über die konjunkturell bedingte Abnahme hinausgehen dürfte. Damit werden von der Fiskalpolitik des Bundes im nächsten Jahr deutlich dämpfende Effekte ausgehen.

Die kräftige Expansion der Inlandsnachfrage wird vorerst anhalten. Vor allem die Investitionen werden bei den noch niedrigen Zinsen und weiter günstigen Gewinnerwartungen spürbar ausgeweitet werden. Der private Verbrauch wird bei verstärkt steigenden realen verfügbaren Einkommen deutlich expandieren. Der Anstieg der Exporte bleibt lebhaft, und die zügige Expansion der Importe dürfte sich mit dem weiteren konjunkturellen Aufschwung vorerst fortsetzen. Insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt 1993 wohl um 3,5 vH zunehmen. Im Jahre 1994 wird die Rate ähnlich hoch sein, obwohl dann restriktive Wirkungen der Fiskalpolitik allmählich greifen. Die Teuerungsrate der privaten Lebenshaltung dürfte 1993 wie im Vorjahr rund 3 vH betragen, und im nächsten Jahr wird sie leicht darüber liegen.

Allmähliche Belebung in Japan

In Japan hielt der konjunkturelle Abschwung im Winterhalbjahr an. Die Industrieproduktion ging stark zurück, das reale Bruttosozialprodukt erhöhte sich kaum. Die Inlandsnachfrage war niedriger als im Sommerhalbjahr 1992. Vor allem die privaten Investitionen gingen beschleunigt zu-

rück; dämpfend wirkten hier die Bemühungen um eine Verringerung der Schulden sowie ungünstige Absatz- und Ertragserwartungen. Der private Verbrauch stagnierte aufgrund geringer Einkommenszuwächse und ungünstiger Beschäftigungsaussichten, die zu einer Erhöhung der Sparneigung beitrugen. Impulse kamen dagegen von der Nachfrage des Staates. Insbesondere die öffentlichen Investitionen wurden durch das Konjunkturprogramm vom August 1992 kräftig stimuliert. Die Exporte stiegen in moderatem Tempo; da die Importe infolge der schwachen Inlandsnachfrage erneut spürbar eingeschränkt wurden, erhöhten sich die Überschüsse im Außenhandel nochmals.

Trotz der schwachen Produktionsentwicklung wurde die Zahl der Beschäftigten bis zuletzt kaum verringert. Die Unternehmen reduzierten vor allem die Arbeitszeit. Um Entlassungen zu vermeiden, wurden vermehrt auch Lohnsubventionen aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung gewährt. Die Lohnstückkosten sind stark gestiegen. Da die Erzeugerpreise bei der schwachen Konjunktur sogar etwas zurückgingen, sanken die Unternehmensgewinne erheblich. Die Verbraucherpreise waren annähernd stabil.

Wegen der anhaltenden konjunkturellen Abschwächung senkte die Zentralbank im Februar 1993 nochmals den Diskontsatz, auf nunmehr 2,5 %. Für die Prognose ist angenommen, daß die Notenbank die Zinsen nicht mehr nennenswert herabsetzt, doch werden die expansiven Wirkungen der starken Zinssenkungen seit Mitte 1991 nunmehr zunehmend spürbar werden.

Nachdem die bis dahin ergriffenen Maßnahmen noch nicht zu einer Belebung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität geführt haben, hat die Regierung Mitte April ein weiteres umfangreiches Ankurbelungsprogramm mit einem Volumen von 13,2 Bill. Yen (2,8 vH des Bruttosozialprodukts) beschlossen; es sieht ebenfalls vor allem eine deutliche Ausweitung der öffentlichen Investitionen vor. Die zusätzlichen nachfragewirksamen Ausgaben werden voraussichtlich — wie bei dem vorangegangenen Programm — weniger als die Hälfte des angekündigten Gesamtumfangs erreichen.

Zusammen mit der Lockerung der Geldpolitik hat die Erwartung weiterer fiskalischer Stimulierungsmaßnahmen maßgeblich dazu beigetragen, daß sich das Konjunkturklima in Japan zuletzt merklich gebessert hat. Auch deuten die Fortschritte bei der Anpassung der Lagerhaltung und eine leichte Zunahme der Autonachfrage sowie die Tatsache, daß die Industrieproduktion nach der Jahreswende nicht mehr zurückgegangen ist, darauf hin, daß die Wirtschaft den konjunkturellen Tiefpunkt im Winterhalbjahr wohl durchschritten hat.

Es gibt freilich weiterhin Faktoren, die einer raschen Erholung der wirtschaftlichen Aktivität entgegenwirken. Dazu zählen vor allem die anhaltenden Bemühungen der privaten Haushalte und der Unternehmen, ihre finanzielle Position — nach der spekulativen Verschuldung während der späten achtziger Jahre — zu konsolidieren. Zudem sind die Banken bei der Vergabe von Krediten zurückhal-

tend, weil in großem Ausmaß Kredite notleidend geworden sind und weil auch sie durch Preisrückgänge bei Aktien und Immobilien Vermögensverluste erlitten haben. Die vom Finanzministerium verfolgte Politik, die Probleme im Finanzsektor durch eine enge Zusammenarbeit der Finanzinstitute aufzuarbeiten, vermindert den Wettbewerb im Bankensektor und verteuert das Kreditangebot. Die Hemmnisse werden nur langsam — entsprechend den Fortschritten bei der Konsolidierung im privaten Sektor — an Wirkung verlieren.

Die öffentlichen Investitionen werden mit der Umsetzung der Konjunkturprogramme in diesem Jahr kräftig erhöht. Spürbar zunehmen wird auch die Aktivität im Wohnungsbau, wo die gesunkenen Zinsen und staatliche Fördermaßnahmen anregend wirken. Die gewerblichen Investitionen dürften sich wegen der zunächst noch wirksamen Bremsfaktoren erst im späteren Verlauf des Jahres beleben. Die Ausweitung des privaten Verbrauchs wird bei geringer Zunahme des verfügbaren Einkommens moderat bleiben. Die Ausfuhr wird zwar durch die Expansion der Nachfrage auf wichtigen Märkten Impulse erhalten. Doch wird die in den vergangenen Monaten starke Aufwertung des Yen den Anstieg dämpfen.

Wegen des niedrigen Niveaus zu Jahresbeginn wird der Anstieg des Bruttosozialprodukts 1993 trotz der konjunkturellen Belebung im Verlauf mit etwa 1,5 vH nicht höher sein als im vergangenen Jahr; 1994 dürfte er reichlich doppelt so groß sein. Bei der verhaltenen konjunkturellen Entwicklung werden die Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt 1993 nur um etwa 1 vH und im nächsten Jahr wenig stärker steigen. Der Leistungsbilanzüberschuß wird vor allem wegen der aufwertungsbedingten Verbesserung der Terms of Trade zunächst nochmals zunehmen.

Schwache Konjunktur in Westeuropa

Im Winterhalbjahr sind Nachfrage und Produktion in Westeuropa zurückgegangen. Besonders ausgeprägt war der Abschwung in Westdeutschland, während in Großbritannien nach langer Rezession eine konjunkturelle Belebung einsetzte. Die Auslastung der Kapazitäten ist insgesamt weiter gesunken, die Beschäftigung ging erneut zurück, und die Arbeitslosigkeit ist deutlich gestiegen. Belastend wirkten die — trotz rückläufiger Tendenz — immer noch hohen Zinsen, die schlechte Ertragslage der Unternehmen sowie die ausgeprägten Währungsturbulenzen. Der Preisanstieg hat sich nochmals etwas verlangsamt.

Ausschlaggebend für den Rückgang des Bruttoinlandsprodukts war die verstärkt rezessive Entwicklung bei den Anlageinvestitionen. Diese war bei den gewerblichen Investitionen besonders ausgeprägt, weil sich die Absatz- und Ertragserwartungen seit Mitte 1992 geradezu dramatisch verschlechterten. Im Wohnungsbau sind die Investitionen als Folge der noch hohen Finanzierungskosten und der gedrückten Einkommenserwartungen nochmals leicht

zurückgegangen. Der öffentliche Bau dürfte annähernd stagniert haben. Der private Konsum hat nicht mehr zugenommen; der Absatz langlebiger Verbrauchsgüter ist insgesamt gesunken. Dämpfend wirkte, daß die realen verfügbaren Einkommen kaum noch stiegen und die deutliche Verschlechterung der Lage auf dem Arbeitsmarkt zu einer Erhöhung der Sparneigung führte. Die Verbraucher waren bemüht, ihre Verschuldung weiter abzubauen. Vor allem in Großbritannien und in mehreren skandinavischen Ländern sind viele Haushalte im Zusammenhang mit der hohen Fremdfinanzierung von Immobilien noch stark verschuldet.

Der innereuropäische Handel hat infolge der allgemeinen Konjunkturschwäche kaum mehr zugenommen. Von Land zu Land ergab sich jedoch insofern eine Differenzierung, als die Abwertungsländer ihre Ausfuhr steigern konnten, während der Export der Aufwertungsländer vielfach zurückging. Die Ausfuhr nach Nordamerika erhöhte sich deutlich. Die Lieferungen nach Mittel- und Osteuropa sind wohl nicht nennenswert gestiegen. Der Export in die übrige Welt hat sich wieder leicht erholt. Insgesamt expandierte der Absatz in Drittländern in verhaltenem Tempo, und die Importe Westeuropas haben vermutlich etwas abgenommen. Zugleich haben sich die Terms of Trade ein wenig verschlechtert. Das Defizit der zusammengefaßten Leistungsbilanz blieb annähernd unverändert.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist deutlich ungünstiger geworden. Die Zahl der Beschäftigten nahm infolge des Produktionsrückgangs ab, und die Kurzarbeit stieg erheblich. Zu Beginn dieses Jahres waren etwa 10 vH der Erwerbspersonen arbeitslos, rund ein Prozentpunkt mehr als ein Jahr zuvor.

Der Preisanstieg hat sich aufgrund der in den meisten Ländern seit langem verfolgten stabilitätsorientierten Geldpolitik nochmals verlangsamt. Der Wettbewerb war infolge der niedrigen Kapazitätsauslastung sehr intensiv, und der interne Kostenauftrieb ließ weiter nach. Die Löhne stiegen bei der deutlich verschlechterten Lage am Arbeitsmarkt erheblich verlangsamt. Hinzu kamen verschiedentlich einkommenspolitische Maßnahmen. Eine spürbare Verlangsamung ergab sich vor allem in Italien und in Großbritannien, wo der Lohnauftrieb lange Zeit besonders kräftig war. In diesen beiden Ländern, aber auch in Schweden und in Finnland, führte die kräftige Abwertung der Währungen zu merklichen Importverteuerungen, die erst teilweise auf die Verbraucherstufe durchgewälzt wurden.

Die Geldpolitik hat ihren Kurs im Laufe des Winterhalbjahres weniger restriktiv gestaltet. Die Geldmarktzinsen waren zuletzt überwiegend etwas geringer als vor dem Ausbruch der Währungsturbulenzen; in Großbritannien und der Schweiz sind sie sogar kräftig gefallen. Namentlich in den Aufwertungsländern sind auch die langfristigen Zinsen deutlich gesunken. Die Zinsstruktur blieb fast überall invers. Die Ausweitung der Geldmenge ist vor allem in der engen Abgrenzung M1, häufig aber auch in weiterer Abgrenzung, unter dem potentialgerechten Maß ge-

blieben. Die Lockerung der Geldpolitik wird im weiteren Verlauf des Jahres wohl fortgesetzt. Ihr Tempo wird vor allem durch die Bundesbank bestimmt; selbst jene Länder, deren Währungen nicht am Wechselkursmechanismus des EWS teilnehmen, streben eine Stabilisierung der Kursrelationen gegenüber den EWS-Währungen auf dem gegenwärtigen Niveau an.

Die Defizite in den öffentlichen Haushalten sind im Zuge der ausgeprägten Konjunkturschwäche gestiegen, wenngleich in einigen Ländern versucht wurde, dem durch Kürzung der Staatsausgaben und Erhöhung der Einnahmen entgegenzuwirken. In Skandinavien werden diese Bemühungen indes durch eine Stützung des von Zahlungsunfähigkeit bedrohten Bankensektors erschwert. In Großbritannien wurde der Fehlbetrag auch durch konjunkturanregende Maßnahmen erhöht. Insgesamt werden im Jahre 1993 die Budgetdefizite in vielen Ländern infolge des Abschwungs nochmals zunehmen. Um eine konjunkturelle Erholung nicht zu behindern, werden Maßnahmen zur Verringerung des Defizits zumeist wohl erst später ergriffen.

Die westeuropäische Konjunktur wird im weiteren Verlauf des Jahres 1993 vom Export in Drittländer Anstöße erhalten. Das Wirtschaftswachstum bleibt sowohl in Nordamerika als auch in den Entwicklungs- und Schwellenländern lebhaft. Außerdem werden die Unternehmen aufgrund der Absatzflaute in Westeuropa ihre Exportbemühungen verstärken. Der Import aus Drittländern wird nur sehr verhalten expandieren, so daß der reale Einfuhrüberschuß etwas abnimmt. Die Terms of Trade verschlechtern sich leicht. Der Fehlbetrag der zusammengefaßten Leistungsbilanz sinkt gegenüber 1992 nur wenig.

Der Rückgang der Anlageinvestitionen dürfte sich in das Sommerhalbjahr hinein fortsetzen. Die gewerblichen Investitionen werden im späteren Verlauf des Jahres aufgrund sinkender Zinsen, günstigerer Absatzaussichten sowie einer Verbesserung der Ertragslage durch Maßnahmen zur Produktivitätssteigerung und Kostensenkung allmählich zunehmen. Die Investitionen im Wohnungsbau tendieren zumeist noch abwärts; die sinkenden Finanzierungskosten werden — bei nach wie vor gedrückten Einkommenserwartungen — die Nachfrage vermutlich erst im Laufe des zweiten Halbjahres anregen.

Der private Verbrauch dürfte weiterhin annähernd stagnieren. Die realen verfügbaren Einkommen werden sich in vielen Ländern zunächst eher verringern; andererseits wird die Sparquote wohl nicht mehr zunehmen, zumal diese mittlerweile zumeist ein Niveau erreicht hat wie seit Beginn der achtziger Jahre nicht mehr. Von der Konsumflaute bleibt vor allem der Absatz dauerhafter Güter bis weit in das zweite Halbjahr hinein betroffen.

Nachfrage und Produktion werden in Westeuropa vermutlich im Frühsommer den konjunkturellen Tiefpunkt erreichen. Erst gegen Ende des Jahres wird wohl eine Erholung einsetzen, die sich 1994 verstärkt. In den meisten Ländern dürfte die Inlandsnachfrage bis weit in das laufende Jahr hinein zurückgehen. In einer Reihe von Volkswirt-

schaften wirkt allerdings die Abwertung und die damit erhöhte Wettbewerbsfähigkeit auf eine Verbesserung ihres realen Außenbeitrags hin. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte in Westeuropa 1993 nicht höher sein als im Vorjahr; 1994 wird es wieder zunehmen.

Der Preisanstieg auf der Verbraucherstufe wird sich noch leicht verlangsamen. Stabilisierend wirken die Kostendämpfung und der sehr lebhaft Wettbewerb. Vielfach werden jedoch Gebühren, indirekte Steuern und administrierte Preise erhöht. Insgesamt werden die Konsumentenpreise im Jahresdurchschnitt mit 3¼ vH nur wenig schwächer als 1992 steigen, als sie sich um 4,1 vH erhöhten. 1994 dürfte die Teuerungsrate nochmals etwas niedriger sein.

Nur geringe Fortschritte in Mittel- und Osteuropa

In den ehemaligen Planwirtschaften Mittel- und Osteuropas ist die gesamtwirtschaftliche Produktion weiter geschrumpft, insgesamt allerdings langsamer als zuvor. Dabei hat sich die Entwicklung noch stärker differenziert: In Polen stiegen Nachfrage und Produktion nach den scharfen Einbrüchen in den Jahren 1990/91 wieder an; in der Tschechischen Republik ist die Erholungstendenz infolge der Teilung wohl nur vorübergehend ins Stocken geraten. Hingegen hat sich der Produktionsrückgang in den meisten Nachfolgestaaten der UdSSR fortgesetzt. Die Beschäftigung ging allgemein weiter zurück — wengleich zumeist weniger als die Produktion —, und die Arbeitslosigkeit nahm zu. Der Anstieg der Verbraucherpreise hat sich in den meisten Ländern deutlich verlangsamt; in den Nachfolgestaaten der UdSSR herrscht allerdings weiter Hyperinflation.

Die Herstellung marktwirtschaftlicher Verhältnisse ist mit sehr unterschiedlicher Intensität vorangetrieben worden. Bei der Überführung von Betrieben in Privateigentum ist die sog. kleine Privatisierung (Einzelhandel, Gaststätten, Handwerk u.v.a.m.) in Polen weitgehend verwirklicht, die große Privatisierung in der Industrie allerdings in der von der Regierung vorgeschlagenen Form vom Parlament abgelehnt worden. In der Tschechischen Republik ist die kleine Privatisierung ebenfalls weit gediehen, die große wurde durch den Verkauf von Anteilsberechtigungs-scheinen vorbereitet. In den anderen Ländern ist der Anteil des privaten Sektors in der Industrie im wesentlichen nur durch Neugründungen von Betrieben gestiegen und insgesamt noch niedrig. Die Preise sind in allen Ländern weitgehend freigegeben; wichtige Ausnahmen sind indes häufig Energiepreise, Mieten und landwirtschaftliche Aufkaufpreise. Die Verwirklichung eines überschaubaren und zuverlässigen rechtlichen Rahmens kommt nur mühsam voran; zwar wurden in den meisten Ländern Gesetze verabschiedet, doch fehlt es häufig an den institutionellen und personellen Voraussetzungen für deren Anwendung und Durchsetzung. Ähnliches gilt für das Steuersystem — mit der Folge, daß schon deshalb trotz

verabschiedeter Steuergesetze die staatlichen Einnahmen weit unter den Planansätzen liegen. Die Budgetdefizite blieben in der Regel hoch.

In Polen, in Ungarn und in der Tschechischen Republik sind der wirtschaftspolitische Reformprozeß und die Umstrukturierung der Produktion — Abbau der Rüstungsproduktion, zunehmendes Gewicht der Konsumgüterindustrie und stärkere Orientierung am Weltmarkt — am weitesten gediehen. Dabei spielt eine Rolle, daß mit der Verbesserung der wirtschaftlichen und institutionellen Rahmenbedingungen in diesen Ländern mit niedrigen Lohnkosten die Produktion für ausländische Investoren attraktiver geworden ist. Die Direktinvestitionen sind daher etwas rascher gestiegen, wengleich der Umfang insgesamt noch recht begrenzt ist. Waren sie zu Beginn des Reformprozesses überwiegend nach Ungarn geflossen, so rückten im vergangenen Jahr Polen und die Tschechische Republik in den Vordergrund.

Durch das Engagement ausländischer Investoren wurde auch die Eingliederung dieser Länder in die internationale Arbeitsteilung begünstigt. Der Absatz von Produkten in den westlichen Ländern wurde dadurch erleichtert, daß in den meisten osteuropäischen Staaten Abwertungen ihrer Währungen zugelassen wurden. So haben vor allem Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei ihre Exporte in die OECD-Länder im vergangenen Jahr merklich ausweiten können.

Der — zuvor besonders scharfe — Rückgang der Industrieproduktion hat sich zumeist verlangsamt; in Polen ist die Industrieproduktion sogar deutlich gestiegen und übertraf 1992 den Vorjahresstand. Der private Verbrauch hat sich in Polen und in der Tschechoslowakei im vergangenen Jahr erhöht. Besserungstendenzen zeigen sich nun aber auch bei den Anlage-, insbesondere bei den Bauinvestitionen, und zwar vor allem in Polen und der Tschechischen Republik.

Im Laufe dieses Jahres dürften Produktion und Nachfrage in Polen und Ungarn leicht steigen. In Bulgarien wird vermutlich die Talsohle erreicht; das Bruttoinlandsprodukt wird wegen des niedrigen Niveaus zu Jahresbeginn allerdings im Durchschnitt des Jahres nochmals niedriger als im Vorjahr sein. In der Tschechischen Republik wird die Aufwärtstendenz wohl noch eine Zeit lang durch die teilungsbedingten Friktionen im Waren- und Dienstleistungsverkehr zwischen den beiden Nachfolgestaaten der CSFR gehemmt werden, und das Sozialprodukt wird 1993 wohl lediglich das Vorjahresergebnis erreichen. In der Slowakischen Republik kommt erschwerend die erhebliche Unsicherheit über den künftigen Kurs der Wirtschaftspolitik hinzu; für 1993 ist alles in allem eine leichte Abnahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion zu erwarten. In Rumänien zeichnet sich nochmals ein spürbarer Rückgang ab. In vielen Nachfolgestaaten der UdSSR hält die Talfahrt der Produktion an. Die Arbeitslosigkeit wird im laufenden Jahr in allen Ländern deutlich zunehmen. Weite Teile der Wirtschaft, nicht zuletzt die — überwiegend noch nicht in Pri-

vatbesitz übergegangen — Großbetriebe, sind nach wie vor personell überbesetzt.

Leichte Erhöhung der Rohstoffpreise

Der Verbrauch von Industrierohstoffen hat sich im Winterhalbjahr nochmals leicht verringert, da der konjunkturbedingte Rückgang des Bedarfs in Japan und Europa stärker ins Gewicht fiel als die Zunahme in Nordamerika und in vielen Entwicklungsländern. Bei den zumeist gedämpften Konjunkturerwartungen übten die Verarbeiter auch in ihren Lagerdispositionen weiterhin Zurückhaltung, zumal das Angebot von Rohstoffen reichlich blieb. Hierzu trugen bei NE-Metallen nicht zuletzt beachtliche Exporte osteuropäischer Länder bei. Die Weltmarktpreise fast aller Industrierohstoffe sanken unter diesen Bedingungen im Laufe des Winterhalbjahres deutlich. Für viele Anbieter und Verarbeiter spielten allerdings Wechselkursänderungen eine größere Rolle; beispielsweise wurden importierte Industrierohstoffe in den europäischen Abwertungsländern sogar teurer.

Der Rückgang des Rohstoffverbrauchs dürfte in Westeuropa und vor allem in Japan im weiteren Verlauf dieses Jahres nachlassen, während sich der Anstieg in Nordame-

rika und namentlich in den Schwellenländern fortsetzen wird. Zudem wird die für das nächste Jahr zu erwartende allgemeine Besserung der Weltkonjunktur die Verarbeiter zu vorsorglichen Eindeckungen veranlassen. Insgesamt ist so eine allmähliche Belebung der Nachfrage nach Rohstoffen in der zweiten Jahreshälfte wahrscheinlich. Die Preise der meisten Rohstoffe werden sich dann voraussichtlich erhöhen, doch wird sich der Anstieg wegen des immer noch relativ reichlichen Angebots in recht engen Grenzen halten.

Die Preise für Erdöl gaben bis in die ersten Monate dieses Jahres hinein nach, da sich der Angebotsdruck bei nur schwach steigender Nachfrage verstärkte. Nach dem im Februar gefaßten — und bisher zumindest teilweise eingehaltenen — Beschluß der OPEC, die Förderung stärker zu beschränken, stiegen die Preise wieder leicht. Für den weiteren Verlauf des Jahres läßt die sich noch nicht spürbar bessernde Weltkonjunktur eine nur geringe Zunahme des Ölverbrauchs erwarten. Andererseits dürften die OPEC-Länder ihre Förderung trotz der anhaltenden Verfehlung des Preisziels nicht weiter verringern. Abgesehen von kurzfristigen Schwankungen wird daher angenommen, daß sich das Preisniveau für Erdöl, das zuletzt etwa dem Durchschnitt des vergangenen Jahres (Einfuhrpreis der

Reales Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise in den westlichen Industrieländern
Veränderungen in vH gegenüber dem Vorjahr¹⁾

	Gewicht in vH	Bruttoinlandsprodukt ²⁾			Verbraucherpreise ³⁾		
		1991	1992	1993	1991	1992	1993
Deutschland	10,7	0,6	2,0	-1,5	4,8	4,7	4,5
Westdeutschland		3,7	1,5	-2,0	3,8	4,1	4,0
Ostdeutschland		-31,4	6,8	5,5	12,8	9,9	8,5
Frankreich	7,4	0,7	1,3	0,0	3,2	2,4	2,5
Italien	6,7	1,3	0,9	0,0	6,5	5,3	5,0
Großbritannien	5,8	-2,2	-0,6	1,5	5,8	3,7	2,5
Spanien	3,7	2,3	1,0	0,0	5,9	5,9	5,0
Niederlande	1,8	2,2	1,7	0,5	3,9	3,7	2,5
Schweiz	1,4	-0,1	0,0	0,5	5,8	4,0	3,0
Schweden	1,3	-1,8	-1,7	-1,5	9,4	2,3	5,5
Belgien	1,2	2,1	1,0	0,0	3,2	2,4	2,5
Österreich	1,0	3,0	1,5	0,0	3,3	4,1	3,5
Dänemark	0,8	1,2	1,0	1,0	2,4	2,1	1,0
Norwegen	0,6	1,6	2,9	2,0	3,4	2,3	2,5
Finnland	0,6	-6,4	-3,5	-1,0	4,2	2,6	3,0
Westeuropa ⁴⁾	43,0	0,4	1,0	-0,1	5,0	4,1	3,7
USA	33,1	-1,2	2,1	3,5	4,2	3,0	3,0
Japan	20,7	4,1	1,5	1,5	3,3	1,7	1,0
Kanada	3,2	-1,7	0,9	3,0	5,6	1,5	2,0
Insgesamt ⁴⁾	100,0	0,6	1,4	1,5	4,4	3,1	2,9
Nachrichtlich: Insgesamt ⁵⁾		0,8	0,9	0,6	4,6	3,5	3,1

1) Veränderungsraten für 1993 geschätzt. — 2) Japan: Bruttosozialprodukt. — 3) Deutschland: Preisindex für den privaten Verbrauch. — 4) Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet gemäß Bruttoinlandsprodukt von 1992. — 5) Gewichtet gemäß Anteilen an der deutschen Ausfuhr 1992.

Reales Bruttoinlandsprodukt und Inlandsnachfrage in ausgewählten Industrieländern
Veränderungen in vH gegenüber dem Vorjahr¹⁾

	Gewicht in vH	Bruttoinlandsprodukt ²⁾			Gewicht in vH	Inlandsnachfrage		
		1991	1992	1993		1991	1992	1993
Deutschland	12,2	0,6	2,0	-1,5	12,2	3,9	2,6	-1,0
Westdeutschland		3,7	1,5	-2,0		3,1	1,6	-1,5
Ostdeutschland		-31,4	6,8	5,5		9,6	9,0	3,0
Frankreich	8,4	0,7	1,3	0,0	8,4	0,3	0,2	0,0
Italien	7,7	1,3	0,9	0,0	7,8	1,9	1,0	-1,0
Großbritannien	6,7	-2,2	-0,6	1,5	6,8	-3,2	0,5	1,5
Westeuropa ³⁾	35,0	0,1	1,1	-0,2	35,2	1,1	1,3	-0,4
USA	37,8	-1,2	2,1	3,5	38,2	-1,8	2,5	4,0
Japan	23,6	4,1	1,5	1,5	22,9	2,7	0,6	1,0
Kanada	3,6	-1,7	0,9	3,0	3,7	-1,1	0,2	2,5
Industrieländer ³⁾	100,0	0,5	1,6	1,7	100,0	0,3	1,5	1,7

¹⁾ Veränderungsraten für 1993 geschätzt. — ²⁾ Japan: Bruttosozialprodukt. — ³⁾ Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet gemäß Bruttoinlandsprodukt bzw. Inlandsnachfrage von 1992.

OECD Länder, cif: 18,5 Dollar je Barrel) entsprach, nur wenig verändert.

Auf dem Weltmarkt für Nahrungs- und Genußmittel hat sich das Preisniveau, das im Spätsommer vergangenen Jahres deutlich gesunken war, wieder erhöht. Vor allem die Notierungen von Weizen, Zucker und Kaffee zogen merklich an. Dagegen wurden Futtergetreide und Kakao aufgrund des reichlichen Angebots billiger. Die weitere Entwicklung der Preise wird maßgeblich von den Erwartungen für die Ernten in der Saison 1993/94 bestimmt. Bisher vorliegende Einschätzungen lassen einen Rückgang der Notierungen namentlich für Weizen erwarten, während bei

anderen Nahrungs- und Genußmitteln eher Preissteigerungen überwiegen werden. Allerdings bildet auf vielen Märkten die Nachfrage aus osteuropäischen Ländern einen wichtigen Unsicherheitsfaktor.

Allmähliche Belebung des Welthandels

Wegen der andauernden Konjunkturschwäche in vielen Industrieländern hat der Welthandel im Winterhalbjahr weiterhin nur recht verhalten zugenommen. Die Importe der westeuropäischen Volkswirtschaften und Japans sind in dieser Zeit offenbar sogar leicht gesunken. Dagegen stieg

Produktion, Preise und Arbeitslosigkeit in Osteuropa

	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote		
	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH								
	1991	1992	1993	1991	1992	1993	1991	1992	1993
Bulgarien	-23	-15	-5	334	90	90	11	15	18
Polen	-8	1	3	70	43	35	12	14	16
Rumänien	-14	-15	-10	225	200	150	3	9	15
Slowakische Republik	-16	-10	-5	61	10	25	12	11	18
Tschechische Republik	-14	-7	0	57	12	15	4	3	7
Ungarn	-10	-5	1	35	23	20	8	12	15
Ausgewählte Länder der GUS									
Rußland	-12	-20	-15	90	2 500	2 000	.	.	.
Ukraine	-11	-15	-20	85	2 000	1 500	.	.	.
Weißrußland	-3	-15	-15	80	2 000	1 500	.	.	.

¹⁾ Stand zum Jahresende.

Quellen: Nationale Veröffentlichungen; ECE; OECD; IMF; Schätzungen der Institute.

die Einfuhr in Nordamerika sowie in vielen Entwicklungsländern, die den Industrialisierungsprozeß zügig fortführten und dabei nicht zuletzt den Warenaustausch untereinander intensivierten, weiterhin deutlich.

Im späteren Verlauf dieses Jahres werden die dämpfenden Einflüsse, die von Westeuropa und Japan auf den Welthandel ausgehen, allmählich geringer werden, während die Impulse aus Nordamerika kräftig bleiben. Diese werden es namentlich den Entwicklungsländern in Südostasien und Lateinamerika erleichtern, ihre exportgetragene Wachstumsdynamik beizubehalten und dabei die Einfuhr weiterhin rasch zu steigern. Die Erdölexportländer

dürften hingegen ihre Bezüge nur noch langsam erhöhen, nachdem sich die Leistungsbilanzen in den letzten Jahren deutlich passiviert haben. In vielen osteuropäischen Ländern wird nach wie vor die geringe Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt den Spielraum für Importe eng begrenzen. Insgesamt dürften diese jedoch leicht zunehmen, da die Einfuhr in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion vermutlich nicht mehr so stark wie bisher schrumpft und in den kleineren Reformstaaten steigt. Alles in allem wird sich der reale Welthandel, der im Jahre 1992 — begünstigt durch einen relativ großen Überhang — um rund 4,5 vH expandierte, im Jahre 1993 schätzungsweise um 4 vH und im kommenden Jahr etwas stärker erhöhen.

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland

Die wirtschaftliche Lage hat sich in diesem Frühjahr nochmals verschlechtert. Westdeutschland befindet sich in einer Rezession, die von der Industrie ausgeht, aber mehr und mehr auch andere Sektoren der Wirtschaft berührt. Stabilisierend wirken die Bauwirtschaft und einige Dienstleistungsbereiche. Der Rückgang der industriellen Produktion war nach dem durch die Vereinigung verstärkten Boom so ausgeprägt, daß auch Branchen und Regionen betroffen sind, die bis dahin dank ihrer hohen Wettbewerbsfähigkeit als krisenfest galten. In Ostdeutschland gibt es im einzelnen durchaus Erfolge bei der Umstellung der Wirtschaft auf marktwirtschaftliche Anpassungs- und Entscheidungsprozesse. Gravierende Fehlentwicklungen verhindern aber immer noch einen sich selbst tragenden Aufschwung. Der leichte Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion nach dem tiefen Einbruch ist nur mit massiven staatlichen Hilfen möglich gewesen. Die Konstitution der Wirtschaft insgesamt ist weiter schwach, weil die Industrie unter enormem Kostendruck steht und im Zuge der Rezession im Westen der Markt für industrielle Produkte schrumpft.

Der Abschwung in Westdeutschland dauert länger, als es an dieser Stelle im Herbst erwartet wurde. Einer der Gründe dafür ist, daß die Weltkonjunktur sich noch nicht belebt hat. Durch den Binnenmarkt noch verstärkt, prägt Europa den für die Bundesrepublik wichtigen Teil der Weltkonjunktur. Die europäische Konjunktur wiederum wird durch die deutsche Geldpolitik mitbestimmt, die ihren Kurs noch nicht durchgreifend gelockert hat. Insofern hat die konjunkturelle Schwäche im Ausland wesentliche Ursachen in Deutschland. Der Rückgang der Auslandsaufträge für die westdeutsche Industrie im zweiten Halbjahr 1992 dürfte somit ein auch mit deutschen Entwicklungen zu erklärendes Phänomen sein.

Trotz der tiefen und langen Rezession ist fundamentaler Pessimismus bezüglich der weiteren Entwicklung in Westdeutschland nicht angebracht. Die gegenwärtige Rezession ist — wie fast alle vorherigen Rezessionen in der Bundesrepublik Deutschland — letztlich die Folge eines Konflikts um die Einkommensverteilung, für den die Geldpolitik den Ausweg über Inflation nicht zuließ. Die Hochkonjunktur nach langem Aufschwung in den achtziger Jahren und die deutliche Verbesserung der Arbeitsmarktsituation waren von den Gewerkschaften genutzt worden, um in den Lohnverhandlungen zu Beginn der neunziger Jahre den Anteil für die Arbeitnehmer an dem noch immer wachsenden Sozialprodukt zu vergrößern. Hinzu kam der Mangel an Bereitschaft, die Einkommensumverteilung zu akzeptieren, die der Staat im Zuge der Vereinigung durch die Erhöhung von Steuern und sonstigen Abgaben anstrebte. Das führte zu zunehmenden Kosten, welche die Unternehmen wegen der engen Geldpolitik nicht voll in den Preisen weitergeben konnten. Bei zurückgehenden Gewinnen wurde die Nei-

gung der Unternehmen, in Sachkapital zu investieren, auch dadurch gedämpft, daß die Zinsen stiegen und Finanzanlagen an Attraktivität gewannen. Mit der Abnahme der Investitionen, der Freisetzung von Arbeitskräften und der Verminderung des Konsums verstärkten sich die rezessiven Tendenzen gegenseitig, die Nachfrage ging kumulativ zurück. Jedoch ist die Nachfrageschwäche nicht ursächlich für die Rezession, und deshalb muß die Therapie an anderer Stelle ansetzen, nämlich bei der Beendigung der Verteilungskonflikte.

Einige Bedingungen für einen konjunkturellen Umschwung sind derzeit schon erfüllt. Die steigende Arbeitslosigkeit hat zu deutlich geringeren Lohnabschlüssen für 1993 geführt. Der Druck auf die Gewinne läßt von daher also nach. Infolge des Rückgangs der Güternachfrage steigt die Nachfrage auf den Kreditmärkten in den meisten Industrieländern schwächer als das Angebot. Auch haben sich die Inflationserwartungen vermindert. Die Zinsen sind gesunken. Offen ist allerdings, ob die Zinssenkungen in Deutschland und in Europa schon ausreichen, um die Gewinnerwartungen nachhaltig zu verbessern.

Die Rezession wäre schwächer ausgefallen, hätten die Lohnpolitik und die Geldpolitik ihre Rolle besser gespielt. Die Institute haben schon im Winterhalbjahr 1991/92 für deutlich niedrigere Lohnabschlüsse geworben, weil der Konflikt mit der Geldpolitik absehbar war. Die Lohnpolitik hat — wenn auch — spät auf die Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation reagiert. Schwer verständlich ist die weiterhin zögerliche Lockerung der Geldpolitik. Eine Rolle bei der Verunsicherung von Verbrauchern und Investoren dürften auch die lang anhaltende finanzpolitische Diskussion über den Solidarpakt und die immer wieder aufflackernden Währungsturbulenzen gespielt haben.

In Ostdeutschland fehlt fast drei Jahre nach Beginn der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion trotz weit vorgeschrittener Privatisierung noch immer eine entscheidende Voraussetzung für eine dynamische Entwicklung der Marktwirtschaft: Nach wie vor ist keine grundlegende Korrektur der gesamtwirtschaftlichen Verteilungsrelationen zu erkennen; die Lohnquote liegt immer noch bei nahezu 100 vH. In der Industrie machen die Unternehmen massive Verluste. Das ist alarmierend, zumal die Möglichkeiten des Staates, helfend und stützend einzugreifen, weitgehend erschöpft sind. Die Lage der — zum großen Teil mit Hilfe erheblicher öffentlicher Mittel — privatisierten Unternehmen hat sich vom Sommer letzten Jahres bis zum Anfang dieses Jahres deutlich verschlechtert. Nach Umfragen des ifo Instituts beurteilten im Januar 1993 vor allem die privatisierten Industrieunternehmen ihre Lage wesentlich ungünstiger als im Juli 1992. Insbesondere die Erwartungen bezüglich der zukünftigen Geschäftslage haben sich eingetrübt. Die Gesamtbeurteilung fiel im Januar dieses Jahres bei den privatisierten Unternehmen sogar

negativer aus als in den Treuhandbetrieben. Für die starke Verschlechterung der Lagebeurteilung ist gewiß die Rezession in Westdeutschland mitverantwortlich. Solange sich aber keine fundamentale Korrektur der Verteilungsrelationen in Ostdeutschland abzeichnet, ist trotz des erheblichen Engagements westlicher Investoren auch bei einer Verbesserung der Konjunktur eine durchgreifende Erholung in Ostdeutschland nicht in Sicht.

Westdeutschland

Rezession im Winterhalbjahr

Aus dem Konjunkturabschwung, der im Sommer 1991 begonnen hatte, ist inzwischen eine Rezession geworden. Während bis zum vergangenen Herbst lediglich die Auslastung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials, kaum aber die Produktion gesunken war, geht seitdem das reale Bruttoinlandsprodukt saisonbereinigt erheblich zurück. Damit ist die Konjunktur noch ungünstiger, als die Institute in ihrem Gemeinschaftsgutachten vom vergangenen Herbst erwartet hatten. Eine Abwärtsbewegung war zwar prognostiziert worden, doch es wurde nicht für wahrscheinlich gehalten, daß es zu einem derart starken Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts kommen würde.

Die Gefahr einer Rezession war allerdings gesehen worden. Im Herbstgutachten hieß es dazu, angesichts der verbreiteten Verunsicherung von Verbrauchern und Investoren sei eine Selbstverstärkung der Konjunkturabschwächung nicht auszuschließen; die Dynamik einer einmal in Gang gekommenen Abwärtsbewegung sei schwer abschätzbar. Auf jeden Fall bedürfe es „kräftiger positiver Signale, um das Vertrauen der Wirtschaftssubjekte in die weitere wirtschaftliche Entwicklung zu stabilisieren“.

Die Annahme, es werde solche Signale geben, hat sich in wesentlichen Punkten als nicht zutreffend erwiesen; vielmehr überwogen negative Einflüsse. So flammten die Unruhen an den Devisenmärkten immer wieder auf und belasteten das Klima. Am Kapitalmarkt sind die Zinsen zwar überraschend stark zurückgegangen, von der Geldpolitik wurde die Erwartung auf Zinssenkungen zunächst aber nicht und dann nur teilweise erfüllt. Von der Finanzpolitik wurden Verbraucher und Investoren bis zum Abschluß des Solidarpaktes im März erheblich verunsichert. Ob der Solidarpakt die Unsicherheit über die künftige Abgabenbelastung wirklich beseitigt hat, ist fraglich. Positive Signale gingen von der Lohnpolitik aus; die diesjährigen Lohnabschlüsse in Westdeutschland markieren den erforderlichen Kurswechsel. Auch der Aufschwung in den USA dürfte die Erwartungen verbessert haben.

Die im Herbstgutachten dargelegte Grundvorstellung von der konjunkturellen Entwicklung und ihrer Struktur im Winterhalbjahr ist weitgehend bestätigt worden. Die dort vorausgesagte Schrumpfung von Export und Ausrüstungsinvestitionen ist ebenso eingetreten wie die kontraktive Wir-

kung der Lagerdispositionen und die Abschwächung des Konsums zu Beginn des Jahres, mit der schon als Reaktion auf vorgezogene Käufe im Hinblick auf die Erhöhung der Mehrwertsteuer gerechnet werden mußte. Das alles fiel allerdings stärker als angenommen aus. Bestätigt hat sich die Erwartung einer vergleichsweise günstigen Entwicklung der Bautätigkeit und der Lieferungen nach Ostdeutschland. Der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts im ersten Quartal d.J. wurde durch Sondereinflüsse wie die Auswirkungen der Gesundheitsreform und die ungünstige Witterung verstärkt und überzeichnet insoweit die konjunkturelle Abwärtsbewegung.

Im Zentrum der rezessiven Entwicklung im Winterhalbjahr stand die Industrie. Auftragseingang und Produktion gingen stark zurück, und die Kapazitätsauslastung erreichte im Frühjahr dieses Jahres den niedrigsten Stand seit 1983. Im Bauhauptgewerbe und teilweise auch im Dienstleistungssektor war die Tendenz dagegen noch leicht aufwärtsgerichtet. Dementsprechend konzentrierte sich der Rückgang der Beschäftigung auf die Industrie. Die Zahl der Arbeitslosen hat bei weiter wachsendem Angebot an Arbeitskräften erheblich zugenommen. In der Preisentwicklung schlug sich die starke Abkühlung der Konjunktur noch nicht voll nieder. Die Erzeugerpreise industrieller Fertigwaren sind zwar kaum noch gestiegen. Das Verbraucherpreisniveau erhöhte sich dagegen unter dem Einfluß von Mehrwertsteuererhöhung und Wohnungsknappheit sowie wegen der Anhebung vieler administrativer Preise weiterhin kräftig.

Wende gegen Jahresende

Die Rezession setzt sich fort; dafür spricht schon die Entwicklung des Auftragseingangs in der Industrie, die der Produktionsentwicklung etwas vorauszugehen pflegt. Die Inlandsaufträge haben sich bisher nicht belebt, und die Stabilisierungstendenz bei den Auslandsaufträgen kann angesichts der gerade in Westeuropa immer noch ungünstigen Konjunktur nicht als Anzeichen für eine Wende gewertet werden. Ein weiterer Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion im zweiten Quartal ist auch deshalb wahrscheinlich, weil zunehmend Dienstleistungsbereiche in den Sog der ungünstigen Industriekonjunktur geraten sind. Das Ausmaß des Rückgangs wird aber schon wegen des Wegfalls der Sondereffekte erheblich geringer sein als im ersten Vierteljahr. Aus der Entwicklung der konjunkturellen Rahmenbedingungen ist abzuleiten, daß der Tiefpunkt bald erreicht sein wird. Sie haben sich teilweise schon in den letzten Monaten verbessert, und weitere Verbesserungen, vor allem durch die Geldpolitik, sind zu erwarten.

Der konjunkturelle Wendepunkt ist — wie immer — nur mit erheblicher Unsicherheit zu prognostizieren. Nach unserer Einschätzung wird der Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion um die Jahresmitte aufhören, in erster Linie wegen des Auslaufens kontraktiv wirkender

Lagerdispositionen. Ein leichter Wiederanstieg der Produktion ist gegen Ende des Jahres zu erwarten, denn bis dahin dürfte sich die Auslandsnachfrage etwas belebt haben. Die Unternehmensinvestitionen dagegen werden sicherlich erst im nächsten Jahr zu steigen beginnen, gefolgt vom privaten Verbrauch.

Zweifel an einer konjunkturellen Wende in absehbarer Zeit werden hier und da mit dem Hinweis auf das große Gewicht „struktureller Schwierigkeiten“ geäußert; das halten wir für unberechtigt. Die Neigung, die Bedeutung solcher Probleme für den Konjunkturverlauf zu überschätzen, bestand in jeder Rezession. Zweifellos gibt es gegenwärtig neben konjunkturellen — vor allem aus der Kollision von Lohn- und Geldpolitik entstandenen — erhebliche strukturelle Probleme, wie sie sich in der Standortdiskussion niederschlagen. Die Dynamik des nächsten Aufschwungs wird sicherlich auch davon bestimmt werden. Doch die konjunkturelle Wende hängt von anderen Faktoren ab, von der Normalisierung der Zinsstruktur, von der Verbesserung der Zins-Gewinn-Relation, von Fortschritten bei der Preis- und Kostenstabilisierung und von einer Belebung der Weltkonjunktur. Dafür sind wichtige Weichenstellungen vorgenommen worden, andere müssen noch folgen.

Annahmen der Prognose für Westdeutschland

Der Prognose liegt eine Reihe von Annahmen zugrunde, die zumeist auf prognostischen Überlegungen beruhen, in einigen Fällen jedoch lediglich Setzungen sind. Im einzelnen wird angenommen:

- Die Produktion in den Industrieländern steigt, wie im weltwirtschaftlichen Teil dieses Gutachtens dargelegt, im späteren Verlauf des Jahres etwas verstärkt.
- Der Ölpreis verändert sich im Verlauf des Jahres nur wenig, die Weltmarktpreise anderer Rohstoffe erhöhen sich geringfügig.
- Der Außenwert der D-Mark nimmt gegenüber dem Dollar tendenziell ab; gegenüber den europäischen Währungen verändert er sich kaum.
- Die Nachfrage aus Ostdeutschland steigt nur wenig.
- Die noch ausstehenden Lohnabschlüsse sind ähnlich gemäßigt wie die vorangegangenen in der diesjährigen Lohnrunde.
- In der Finanzpolitik werden die bisherigen Beschlüsse umgesetzt; neue Maßnahmen sind nicht unterstellt.
- Die Zinstendenz am Kapitalmarkt ist nur noch leicht abwärtsgerichtet. Die Bundesbank setzt die Politik der Zinssenkung fort, die Geldmarktzinsen gehen dabei erheblich zurück. Die Zinsstruktur normalisiert sich im Laufe des zweiten Halbjahres.

Zunächst noch keine Besserung beim Export¹

Die Entwicklung des Exportes wird auch in der nächsten Zeit nicht günstiger sein; er wird zunächst weiter schrump-

fen. Zwar hat die konjunkturelle Erholung in den USA inzwischen an Fahrt gewonnen, doch auf den westeuropäischen Märkten, dem mit Abstand wichtigsten deutschen Absatzgebiet, ist wohl erst gegen Ende des Jahres mit einer zögernden konjunkturellen Belebung zu rechnen.

Über weite Strecken dieses Jahres werden so noch die dämpfenden Einflüsse auf den Export überwiegen. Dabei wird sich auch die kräftige Höherbewertung der D-Mark gegenüber den meisten europäischen Währungen — wie üblich erst mit einiger Verzögerung — auswirken. Gegenüber den europäischen Währungen betrug die reale Aufwertung der D-Mark seit vergangenem Herbst rund 10 vH. Insgesamt war die reale Aufwertung der deutschen Währung wegen der Abwertung gegenüber Dollar und Yen mit 4 vH aber deutlich geringer.

Stützend wirken die — wenn auch mengenmäßig noch nicht so bedeutsame — Ausfuhr in die überdurchschnittlich expandierenden südostasiatischen Länder und die Importnachfrage anderer Entwicklungsländer. Auch auf den Absatzmärkten in Mittel- und Osteuropa sowie in den asiatischen Staatshandelsländern können sich die westdeutschen Anbieter unvermindert gute Absatzchancen ausrechnen. Dies gilt insbesondere für die im Transformationsprozeß bereits relativ weit fortgeschrittenen sogenannten Reformländer (Polen, Ungarn und die Tschechische Republik), auf die jetzt nahezu zwei Drittel aller westdeutschen Ausfuhren in die ehemaligen Staatshandelsländer entfallen.

Unter den genannten Bedingungen wird die Ausfuhr insgesamt zunächst noch leicht sinken; im Verlauf der zweiten Jahreshälfte werden dann aber mit der Besserung der Weltkonjunktur die Auftriebskräfte die Oberhand gewinnen. Das Expansionstempo dürfte allerdings schon wegen der nachwirkenden retardierenden Einflüsse der D-Mark-Aufwertung vorerst recht moderat sein. Alles in allem wird die westdeutsche Warenausfuhr — ohne innerdeutschen Handel — im Jahresdurchschnitt 1993 um rund 2 vH zurückgehen; erst 1994 wirkt sich die Belebung der Weltkonjunktur in einer kräftigen Zunahme der Exporte aus. Wegen der flauen Konjunktur in Europa und der Höherbewertung der D-Mark bleiben die Preiserhöhungsspielräume im Export vorerst gering; in diesem Jahr dürften die Exportpreise (Durchschnittswerte) kaum

¹ Die Beurteilung der Außenhandelsentwicklung wird in diesem Jahr in der Bundesrepublik Deutschland wie auch in den anderen EG-Ländern durch die mit der Vollendung des Binnenmarktes notwendig gewordenen Umstellungen in der Außenhandelsstatistik erheblich erschwert. So entfällt mit der Aufhebung der Grenzkontrollen im innergemeinschaftlichen Handel die Basis der Außenhandelsstatistik. An die Stelle der Zollerklärungen treten direkte Erhebungen bei den exportierenden und importierenden Firmen. Schon deshalb wird es in der Anlaufphase sicherlich zu erheblichen Verzerrungen kommen, möglicherweise sogar — wie schon nach der Harmonisierung der Außenhandelsnomenklatur Anfang 1988 — zu einem statistisch bedingten „Ausfall“ von Lieferungen und Bezügen. Das Ausmaß der Verzerrungen läßt sich kaum abschätzen.

steigen. Die Erlössituation im Außenhandel wird sich wohl erst im Gefolge des verstärkten Konjunkturanstiegs im nächsten Jahr verbessern.

Ende des Rückgangs der Ausrüstungsinvestitionen absehbar

Die rückläufige Inlandsnachfrage und die bislang noch schwache Auslandsnachfrage sprechen dafür, daß die Ausrüstungsinvestitionen zunächst weiter sinken werden. Im weiteren Verlauf des Jahres werden sich die Investitionsbedingungen aber angebots- und nachfrageseitig bessern. Der Anstieg der Arbeitskosten wird nachlassen, und die Zinsstruktur wird sich normalisieren; das wirkt dem Attentismus der Investoren entgegen, zumal die langfristigen Zinsen bereits auf ein vergleichsweise niedriges Niveau gesunken sind. Die Zins-Gewinn-Relation dürfte sich im Sommerhalbjahr stabilisieren und im weiteren Verlauf wieder günstiger werden. Zu einer Tendenzwende in der Investitionstätigkeit wird auch das Bestreben von Investoren beitragen, die noch günstigen Konditionen bei der Beschaffung von Investitionsgütern zu nutzen und Investitionsvorhaben rechtzeitig zum Wiederanstieg ihres Absatzes fertigzustellen. Eine Belebung der Investitionstätigkeit ist aber wohl erst für den Beginn des nächsten Jahres zu erwarten.

Weiter differenzierte Baukonjunktur

Nachfrage und Produktion in der Bauwirtschaft werden auch im weiteren Verlauf dieses Jahres zunehmen; das Tempo des Anstiegs dürfte vorerst mäßig bleiben. Dabei wird die Entwicklung in den einzelnen Bausparten auch künftig sehr differenziert sein.

Der Wohnungsbau bleibt die tragende Säule der westdeutschen Baukonjunktur. Die Bauleistungen zur Modernisierung des Bestandes werden, ihrem langjährigen Trend entsprechend, leicht zunehmen. Größere Dynamik wird im Neubau herrschen; der Bauüberhang ist hoch, und die Nachfrage steigt kräftig. Im Eigenheimbau wird sie durch das wieder deutlich niedrigere Zinsniveau, den Rückgang bei den Baulandpreisen, die schwächere Baukostenentwicklung sowie wohnungspolitische Maßnahmen stimuliert; die vorläufig noch ungünstigen Realeinkommenserwartungen fallen demgegenüber weniger ins Gewicht. Der Geschoßwohnungsbau wird vor allem durch die verbesserten Rendite-Erwartungen infolge des Mietenanstiegs und durch spezielle staatliche Fördermaßnahmen ange-regt. Insgesamt kann für dieses Jahr ein Zuwachs der realen Wohnungsbauinvestitionen um etwa 5 vH erwartet werden.

Die zunächst noch ungünstigen Absatz- und Ertragserwartungen in der Wirtschaft werden wohl dazu führen, daß Erweiterungsinvestitionen vorerst aufgeschoben werden. Auch bei einer Wiederbelebung der gesamtwirtschaftli-

chen Aktivität werden sie erfahrungsgemäß erst mit Verzögerung erhöht. Daher ist ein Rückgang der gewerblichen Bautätigkeit bis ins kommende Jahr hinein wahrscheinlich, zumal die Auftragsbestände bis zuletzt schrumpften.

Die staatliche Bautätigkeit war bisher höher, als wegen der Finanzprobleme der Gemeinden, der Hauptinvestoren in diesem Bereich, erwartet worden war. Inzwischen hat sich deren finanzielle Lage aber deutlich verschlechtert. Die Investitionszuweisungen der Länder gehen zurück, zudem ist der Finanzierungsspielraum der Kommunen durch steigende Ausgaben für soziale Leistungen eingeengt. Sicherlich werden die Gemeinden auf diese veränderten Bedingungen reagieren. Daher ist anzunehmen, daß ihre Ausgaben für Baumaßnahmen kaum noch steigen, preisbereinigt also schrumpfen werden. Unter Ein-schluß der Bautätigkeit von Bund und Ländern ist für 1993 ein Rückgang der realen öffentlichen Bauinvestitionen zu erwarten.

Rückgang des privaten Verbrauchs

Erstmals seit 1982 wird der reale private Verbrauch 1993 sinken. Maßgeblich hierfür ist, daß mit dem kräftigen konjunkturbedingten Rückgang der Zahl der Beschäftigten und den niedrigeren Lohnabschlüssen bei immer noch hohen Preissteigerungsraten die realen verfügbaren Einkommen der Privathaushalte zurückgehen.

Der Anstieg der tariflichen Stundenverdienste wird im Jahresdurchschnitt 1993 mit 4 vH um zwei Prozentpunkte niedriger sein als 1992. Das bezahlte Arbeitsvolumen wird infolge des ausgeprägten Rückgangs der Zahl der Beschäftigten und der geleisteten Arbeitszeit sogar um 3,5 vH schrumpfen. Insgesamt wird die Lohn- und Gehaltssumme brutto wie netto kaum steigen.

Ein Teil des beschäftigungsbedingten Rückgangs der Arbeitseinkommen wird durch höhere Einkommensübertragungen ausgeglichen; diese werden 1993 mit 6 vH etwas stärker expandieren als im Jahr zuvor. Anders als im vergangenen Jahr stehen zwar keine Leistungsverbesserungen an, und vereinzelt kommt es zu Kürzungen, doch werden insbesondere die Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit wegen der steigenden Arbeitslosigkeit deutlich zunehmen. Die effektive Rentenerhöhung zur Jahresmitte wird mit knapp 4 vH um einen Prozentpunkt höher sein als 1992. Unter Einbeziehung der wohl weiterhin schwach steigenden Privatentnahmen und Vermögenseinkommen dürfte das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte nur um 2,5 vH expandieren. Real wird es wegen des immer noch starken Preisauftriebs um reichlich 1 vH niedriger ausfallen als im Vorjahr.

Die Sparquote bleibt gegenüber 1992 wahrscheinlich unverändert. Einerseits gewinnt durch die höheren Beschäftigungsrisiken das Vorsorgesparen an Gewicht. Andererseits versuchen die Haushalte, ihr Konsumniveau auch bei reduziertem Einkommen aufrechtzuerhalten; in

die gleiche Richtung wirkt das sinkende Zinsniveau. Damit dürfte der reale private Konsum im Jahresdurchschnitt 1993 entsprechend dem realen verfügbaren Einkommen sinken.

Preisaufrtrieb schwächt sich allmählich ab

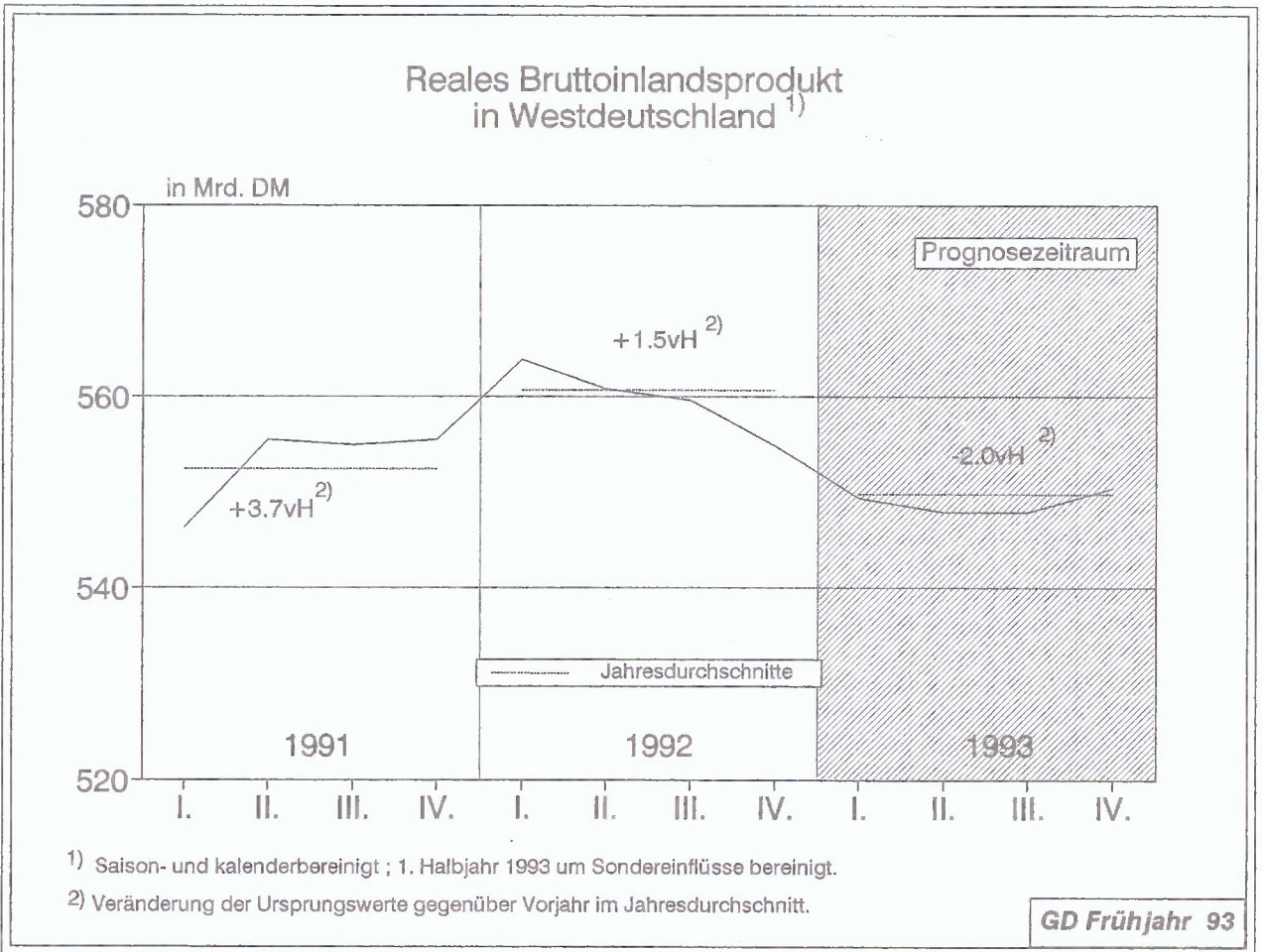
Der Preisanstieg auf der Verbraucherstufe, der sich zu Jahresbeginn vornehmlich wegen der Anhebung der Mehrwertsteuer beschleunigt hatte, wird sich im weiteren Verlauf des Jahres hauptsächlich als Folge der schwachen Verbrauchsnachfrage allmählich verringern. Hinzu kommen Entlastungen von der Kostenseite. So wird sich der Anstieg der Lohnstückkosten im Jahr 1993 auf 3 vH verringern, nach 4,7 vH 1992; im kommenden Jahr dürfte er nochmals zurückgehen. Vor allem bei den Dienstleistungspreisen ist eine deutliche Abflachung zu erwarten. Zudem wirken sich die weiterhin stabilen Importpreise dämpfend auf den Preisanstieg im Inland aus. Im Jahresdurchschnitt werden die Preise für die Lebenshaltung noch um 4 vH höher sein als 1992. Im Jahresverlauf wird sich das Tempo der Verteuerung abschwächen. Hatte die laufende Jahresrate saisonbereinigt im vierten Quartal 1992

noch bei 4,5 vH gelegen, dürfte sie im vierten Quartal dieses Jahres lediglich 2 vH betragen.

Tendenzwende bei der Produktion nach der Jahresmitte

Die gesamtwirtschaftliche Produktion ist seit dem vierten Quartal 1992 stark abwärtsgerichtet. Nach Eliminierung einiger Sondereffekte ging das Bruttoinlandsprodukt saison- und kalenderbereinigt im Verlauf des Winterhalbjahres um etwa 2 vH zurück. Besonders kräftig sank die Industrieproduktion. Sehr rasch war die Talfahrt in der Investitionsgüterindustrie sowie im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe, weniger stark dagegen in den konsumnahen Bereichen. Im Baugewerbe ist die Produktion unvermindert nach oben gerichtet. Ebenso ist die Entwicklung der Bruttowertschöpfung in den Dienstleistungsbereichen insgesamt durch einen — wenn auch etwas abgeschwächten — Anstieg gekennzeichnet. Dagegen ist die Wertschöpfung im Handel rückläufig.

Konjunkturrell wird die gesamtwirtschaftliche Produktion im zweiten Jahresviertel weiter zurückgehen und nach einer Stagnation im dritten Quartal gegen Jahresende



1) Saison- und kalenderbereinigt ; 1. Halbjahr 1993 um Sondereinflüsse bereinigt.

2) Veränderung der Ursprungswerte gegenüber Vorjahr im Jahresdurchschnitt.

wahrscheinlich wieder steigen. Die Gesamtentwicklung wird weitgehend vom Verlauf der Industrieproduktion geprägt. Trotz der Zunahme zum Jahresende dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion wegen des überaus kräftigen Rückgangs im vergangenen Winterhalbjahr im Jahresdurchschnitt 1993 um 2 vH unter dem Ergebnis vom Vorjahr liegen. Die Aufwärtsentwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktion dürfte sich im kommenden Jahr mit der Belebung der Konjunktur in Westeuropa und der wieder anziehenden Inlandsnachfrage in moderatem Tempo fortsetzen.

Deutliche Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt

Die anhaltende Konjunkturschwäche wird die Arbeitskräftenachfrage weiter zurückgehen lassen. Im Jahresdurchschnitt wird die Zahl der Erwerbstätigen im Inland um knapp eine halbe Million oder reichlich 1½ vH geringer sein als 1992. Von der für das Winterhalbjahr 1993/94 erwarteten leichten Belebung der gesamtwirtschaftlichen Produktion werden erst zur Jahresmitte 1994 Impulse auf den Arbeitsmarkt ausgehen. Saisonbereinigt dürfte die Zahl der Erwerbstätigen dann wieder leicht steigen. Aufgrund der in Westdeutschland anhaltend schlechten Arbeitsmarktsituation wird die Zahl der Pendler aus den neuen Bundesländern abnehmen; sie dürfte von durchschnittlich 420 000 im Jahre 1992 auf knapp 400 000 im Jahre 1993 zurückgehen.

Der Zuwachs des Erwerbspotentials wird sich in diesem Jahr auf eine viertel Million belaufen und damit nur halb so hoch sein wie im Vorjahr. Für das kommende Jahr ist mit einer weiteren — wenn auch nur geringen — Zunahme zu rechnen. Bei anhaltend schwacher Arbeitskräftenachfrage und gleichzeitig höherem Arbeitskräfteangebot nimmt die Arbeitslosigkeit über das Ende des Jahres 1993 hinaus zu; sie wird im Jahresdurchschnitt 1993 mit 2,3 Mill. um rund eine halbe Million höher als im Vorjahr sein.

Gesamtdeutsches Leistungsbilanzdefizit nahezu unverändert

Aufgrund der schwachen konjunkturellen Entwicklung ist erst für das Jahresende mit einer nennenswerten Belebung des Imports zu rechnen. Dabei wird die Lageraufstockung eine wichtige Rolle spielen. Der gesamtdeutsche Exportüberschuß wird nochmals etwas zunehmen. Die Defizite in der Dienstleistungs- und in der Übertragungsbilanz werden sich nur wenig erhöhen. Damit bleibt der negative Saldo der Leistungsbilanz im Jahr 1993 unverändert bei rund 40 Mrd. DM.

Ostdeutschland

Gesamtwirtschaftliche Lage

Im dritten Jahr seit der deutschen Vereinigung ist die Lage der ostdeutschen Wirtschaft unverändert kritisch.

Zwar löste sich die gesamtwirtschaftliche Produktion 1992 von der Talsohle, und das reale Bruttoinlandsprodukt stieg um fast 7 vH. Angesichts der dramatischen Produktionseinbrüche in den Jahren 1990 und 1991 sollte dieser Zuwachs jedoch nicht überbewertet werden. Ein sich selbst tragender Aufschwung ist noch nicht in Gang gekommen.

In den expandierenden Bereichen wird die Nachfrage maßgeblich von öffentlichen Aufträgen und Transfers bestimmt. In der Industrie stagniert die Produktion, und der Großteil der Unternehmen macht Verluste. Das entscheidende Hindernis für eine kräftige Aufwärtsentwicklung sind weiterhin die hohen Lohnkosten. Die Rezession in Westdeutschland und in Westeuropa verschärft den Wettbewerbsdruck für die ostdeutschen Unternehmen und führt dazu, daß eine Reihe westlicher Investoren ihr Engagement in den neuen Bundesländern aufschiebt oder gar aufgibt. Es ist zu befürchten, daß die begonnene Erholung durch die Rezession gebremst wird.

Der Beschäftigungsabbau ist trotz steigender Gesamtproduktion noch nicht zum Stillstand gekommen. Zwar entstehen im Zuge der wirtschaftlichen Umstrukturierung viele neue Arbeitsplätze, doch wurden bis zuletzt noch mehr nicht wettbewerbsfähige Arbeitsplätze abgebaut. Das Tempo hat sich allerdings merklich verlangsamt.

Im Jahresdurchschnitt 1992 waren etwa 1,2 Millionen Arbeitnehmer als Arbeitslose gemeldet. Nach einem leichten Rückgang im Laufe des Jahres stieg die Zahl der registrierten Arbeitslosen zu Anfang 1993 wieder. Zu diesem Zeitpunkt betrug die Zahl der Personen, die durch arbeitsmarktpolitische Instrumente vor der direkten Arbeitslosigkeit bewahrt wurden, rund 1,8 Millionen. Viele Arbeitssuchende melden sich zudem — nach Auslaufen des Bezugs von Arbeitslosengeld — nicht mehr bei den Arbeitsämtern.

Privatisierung weit vorangeschritten

Die marktwirtschaftliche Umgestaltung der ostdeutschen Wirtschaft geht mit einem raschen Wandel der Eigentümerstruktur einher. Der Treuhandanstalt gehörten unter Einbeziehung der inzwischen vorgenommenen Zergliederung der Großunternehmen und der Abspaltung von Betriebsteilen insgesamt über 12 000 Unternehmen. Von diesen hatte sie bis Ende März 1993 knapp 7 300 abgegeben: 5 700 Unternehmen gingen an neue Investoren, 1 270 Unternehmen wurden reprivatisiert und reichlich 300 wurden ostdeutschen Kommunen überlassen. Bei fast 2 500 Unternehmen wurde die Liquidation eingeleitet oder bereits abgeschlossen. Der verbleibende Bestand beläuft sich auf reichlich 2 200 Unternehmen.

Im Zuge der Privatisierung hat die Bedeutung der Treuhandunternehmen für die ostdeutsche Wirtschaft stark abgenommen. Etwa 40 vH aller ostdeutschen Arbeitnehmer waren zu Beginn der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion in Treuhandunternehmen beschäftigt. Gegenwärtig dürften es nur noch 6 vH sein. Davon sind drei Fünftel in In-

dustriebetrieben beschäftigt. Anfang des laufenden Jahres war das mit 271 000 Personen ein Drittel aller in der Industrie Ostdeutschlands Beschäftigten. In diesem Wirtschaftszweig ist die Bedeutung der Treuhandanstalt also weiterhin recht groß.

Die wirtschaftliche Lage der verbliebenen und noch zu privatisierenden Treuhandunternehmen ist kritisch. In allen Branchengruppen machten sie im Durchschnitt Verluste. Insgesamt lag der durchschnittliche Verlust der Treuhandbetriebe 1992 bei fast 30 vH des Umsatzes, er war damit deutlich höher als im Jahr zuvor.

Die Ausgaben der Treuhandanstalt für die Erhaltung von Arbeitsplätzen in Treuhandbetrieben oder ihre Sicherung bei Privatisierung werden mit 15 Mrd. DM im laufenden Jahr nicht geringer sein als in den beiden zurückliegenden Jahren. Angesichts der kräftigen Abnahme der Zahl der in den Treuhandbetrieben Beschäftigten sind die Kosten für die Erhaltung von Arbeitsplätzen also stark gestiegen.

Industrie — keine durchgreifende Erholung in Sicht

Das verarbeitende Gewerbe hat sich als das schwächste Glied beim Umbau der ostdeutschen Wirtschaft erwiesen. Die unvermeidliche Schrumpfung ist inzwischen in eine Deindustrialisierung übergegangen, die dramatische Ausmaße erreicht hat. Das Produktionsniveau des ostdeutschen verarbeitenden Gewerbes ist auf etwa ein Drittel des Ausgangsniveaus gesunken. Rund 2 Mill. Beschäftigte in der Industrie haben ihren Arbeitsplatz verloren. Von einst über 200 Industriebeschäftigten je 1 000 Einwohner arbeiteten 1992 nur noch 60 in diesem Wirtschaftsbereich.

Zu Beginn des Jahres 1993 ist die Produktion des verarbeitenden Gewerbes auf einen neuen Tiefpunkt gesunken. Die Auftragseingänge aus dem Inland und dem Ausland gingen spürbar zurück. Hierin schlägt sich auch die Rezession in Westdeutschland und in Westeuropa nieder. Die Lage nach Branchen ist allerdings recht unterschiedlich. Es gibt eine Reihe von Bereichen, die schon seit einiger Zeit expandieren. Dabei handelt es sich vornehmlich um Branchen, die von der Baukonjunktur im privaten und öffentlichen Bereich oder vom privaten Verbrauch in der jeweiligen Region profitieren. Dazu gehören die Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, die Feinkeramik, Teile der Eisen- und Stahlindustrie und der Elektrotechnik, die Kunststoffverarbeitung, das Druckgewerbe, die Mineralölverarbeitung sowie das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe. Relativ gut ist auch die Lage im Stahl- und Leichtmetallbau — nicht nur wegen der lebhaften Nachfrage aus dem Baugewerbe, sondern auch wegen der Aufträge aus der GUS für Schienenfahrzeuge. Im Straßenfahrzeugbau ist die Entwicklung seit der Produktionsaufnahme bei einigen Großinvestoren aufwärtsgerichtet. In anderen wichtigen Branchen, wie der chemischen Industrie, dem Maschinenbau, der Herstellung von Büromaschinen und ADV-Geräten, der Leder- und Schuhindustrie

sowie dem Textil- und Bekleidungsgewerbe schrumpft dagegen die Produktion weiter. Dabei hat sich die Struktur der ostdeutschen Industrie innerhalb kurzer Zeit einschneidend verändert. Sehr groß ist der Bedeutungsverlust des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes, darunter besonders des Maschinenbaus. Dieser war früher der mit Abstand größte Industriezweig, heute ist es das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe.

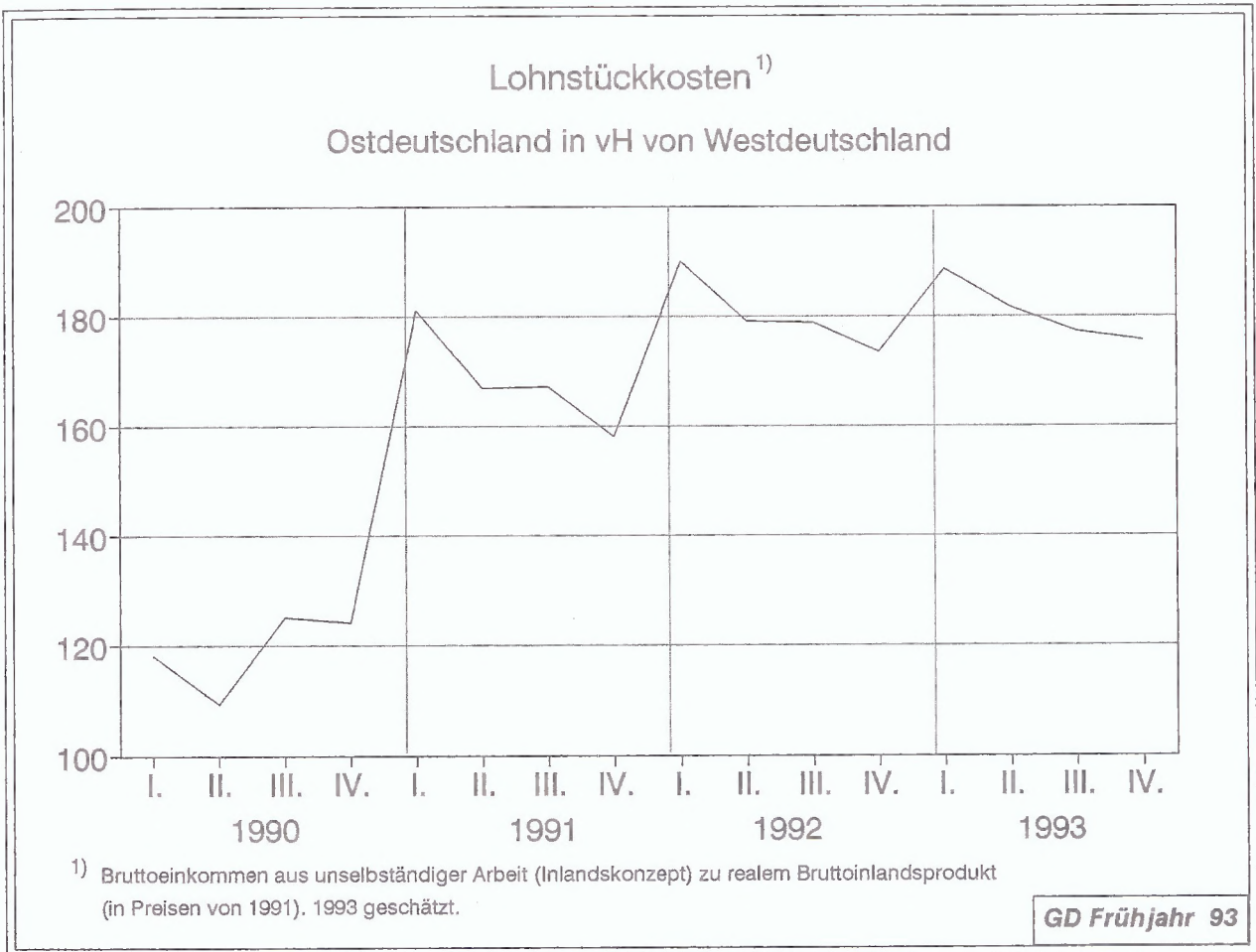
Um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, haben die Unternehmen die Beschäftigung dem niedrigen Produktionsniveau angepaßt. Die Produktivität hat sich von Anfang 1991 bis Ende 1992 verdoppelt. Die durchschnittlichen Löhne und Gehälter je Beschäftigtenstunde nahmen jedoch fast ebenso kräftig wie die Produktivität zu. Damit sind die Lohnstückkosten nur wenig zurückgegangen. Im Durchschnitt der ostdeutschen Industrie dürften sie immer noch doppelt so hoch sein wie die der westdeutschen. In der Gesamtwirtschaft ist die Lage nicht anders (vgl. Schaubild).

Viele Industrieunternehmen werden im laufenden Jahr wieder Entlassungen vornehmen müssen. Dies gilt nicht nur für die Treuhandbetriebe. Auch in den privaten Betrieben ist der Kostendruck häufig zu groß, um alle Arbeitskräfte halten zu können. Besonders bedenklich ist, daß privatisierte Unternehmen neuerdings die Perspektiven deutlich schlechter beurteilen als Treuhandbetriebe.

Bauwirtschaft als Träger des Produktionsanstiegs

Das Baugewerbe ist einer der Hauptträger der gesamtwirtschaftlichen Erholung in Ostdeutschland. Die Privatisierung der ehemals volkseigenen Baukombinate ist fast abgeschlossen. Es gibt viele Neugründungen von Unternehmen, die auf den regionalen Märkten produzieren. Die Bauinvestitionen sind 1992 kräftig gestiegen. Sie waren real um reichlich ein Drittel höher als im Vorjahr. Die konjunkturelle Flaute im Westen wirkt sich bisher nicht spürbar auf die Produktion des ostdeutschen Baugewerbes aus. Die Auftragseingänge sowie die Nettoproduktion nahmen im Jahresverlauf 1992 deutlich zu, und diese Entwicklung hat sich — bei Ausschluß saisonbedingter Einflüsse — zu Beginn des Jahres 1993 fortgesetzt.

Die Bautätigkeit wird nach wie vor in erheblichem Maße von öffentlichen Aufträgen und von Transfers aus Westdeutschland bestimmt. Diese kommen vor allem dem Ausbau der Infrastruktur, über Förderprogramme aber auch der privaten Investitionstätigkeit in der gewerblichen Wirtschaft zugute. Im Jahre 1992 hat sich die Struktur der Baunachfrage merklich verschoben. Nach der anfänglichen Dominanz des öffentlichen und des Verkehrsbaus zogen 1992 der gewerbliche und der industrielle Bau nach. Mehr als 80 vH des Umsatzes des ostdeutschen Bauhauptgewerbes entfielen auf den öffentlichen und den Wirtschaftsbau. Auch im Wohnungsbau gab es einen deutlichen Aufwärtstrend; vor allem die Ausgaben für Modernisierung und Instandsetzung wurden ausgeweitet. Nach



der im Solidarpakt vorgesehenen Entlastung der Wohnungsbaugesellschaften von Altschulden und der Aufstockung des Förderprogramms für den Neubau von Wohnungen haben sich die Bedingungen für die Verstärkung der Bautätigkeit auf diesem Gebiet deutlich verbessert.

Die zunehmende Konkurrenz aus Westdeutschland, aber auch aus dem Ausland, und die weitgehende Privatisierung im Baugewerbe haben kräftige Anstrengungen zur Steigerung der Produktivität hervorgerufen. Das betrifft vor allem die Ausrüstung mit modernen Maschinen, Fahrzeugen und Geräten. Die Anlageinvestitionen sind gegenüber 1991 um 70 vH auf rund 6 Mrd. DM gestiegen. Das Produktivitätsniveau, gemessen an der Wertschöpfung je Beschäftigten, hat sich bei tendenziell leicht steigender Beschäftigung im Bauhauptgewerbe auf etwa drei Viertel des westdeutschen Niveaus erhöht.

Aus Unternehmensbefragungen des IWH geht hervor, daß 1993 zunächst mit keiner weiteren Aufstockung der Belegschaften im ostdeutschen Bauhauptgewerbe zu rechnen ist; die Betriebe wollen verstärkt rationalisieren. Eine Erhöhung der Zahl der Beschäftigten ist allenfalls über Neugründungen zu erwarten. Gleichzeitig mehren sich die Anzeichen für personelle Engpässe beim mittleren

Baumanagement und bei Facharbeitern in einzelnen Gewerken.

Investitionen — verlangsamte Zunahme

Die Investitionstätigkeit nimmt nach wie vor eine Schlüsselstellung beim marktwirtschaftlichen Umbau in den neuen Bundesländern ein. Im vergangenen Jahr wurden in Ostdeutschland 109 Mrd. DM investiert. Fast drei Fünftel davon entfielen auf Bauten und etwas mehr als zwei Fünftel auf Ausrüstungen. Die Anlageinvestitionen lagen damit real um ein Viertel über dem Vorjahresniveau. Zu diesem kräftigen Anstieg trug die massive staatliche Investitionsförderung wesentlich bei. Die Investitionszulage und die verschiedenen Förderprogramme wurden rege in Anspruch genommen.

Besondere Bedeutung kommt den öffentlichen Infrastrukturinvestitionen zu. Die mit ihnen erzielbare Verbesserung der Standortqualität ist eine Voraussetzung für das Engagement privater Investoren in Ostdeutschland. Der Bund und die Länder haben hier ihre Investitionen im letzten Jahr kräftig ausgeweitet. Überdurchschnittlich

stark expandierten auch die Investitionen der Bereiche Verkehr und Nachrichtenübermittlung.

Im laufenden Jahr werden die realen Anlageinvestitionen insgesamt mit voraussichtlich 15 vH gegenüber dem Vorjahr nochmals kräftig wachsen, wenn auch langsamer als 1992. Die Investitionen in der Energiewirtschaft, dem Baugewerbe und im Bereich der Wohnungsvermietung dürften beträchtlich erhöht werden. Eine überdurchschnittliche Expansion ist auch wieder im Handel und bei den sonstigen Dienstleistungen zu erwarten. Dagegen verringert sich das Investitionstempo im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie beim Staat und bei den Organisationen ohne Erwerbszweck deutlich. Im verarbeitenden Gewerbe werden sich die Investitionen etwa wie im Durchschnitt entwickeln. In diesem Bereich sollen allerdings die Investitionen bei den Treuhandunternehmen nunmehr kräftig steigen. Sie sollen möglichst schnell in die Lage versetzt werden, sich am Markt zu behaupten.

Die Investitionsneigung ist aber bei privatisierten Unternehmen stärker ausgeprägt als bei Treuhandunternehmen. Im verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe sehen die Investitionsplanungen der privatisierten Unternehmen je Beschäftigten ein doppelt so hohes Volumen für 1993 vor wie in Treuhandunternehmen.

Hemmend auf die Investitionstätigkeit wirken sich nach wie vor die ungeklärten Eigentumsverhältnisse und die komplizierten Planungs- und Genehmigungsverfahren aus. Diese Faktoren haben jedoch an Stellenwert verloren. Immer häufiger nennen ostdeutsche Unternehmen den Mangel an Eigenkapital und die hohen Anforderungen der Kreditinstitute hinsichtlich Bürgschaften und Sicherheiten als Investitionshemmnis.

Die Unternehmensinvestitionen werden entscheidend vom Engagement westdeutscher Investoren bestimmt. Im produzierenden Gewerbe kamen 1992 drei Fünftel aller Investitionen von Westunternehmen. Die Anlageinvestitionen im verarbeitenden Gewerbe waren zu zwei Dritteln westdeutschen Ursprungs. Den Spitzenanteil erreichten sie im Handel mit über drei Vierteln. Im Dienstleistungsbereich ist dagegen der Anteil westdeutscher Unternehmen weit geringer. Im Durchschnitt wurden 1992 die Anlageinvestitionen der Unternehmen in Ostdeutschland, ohne Wohnungsvermietung, zu 55 vH von westdeutschen Investoren getragen.

Nach Befragungen werden sich die Investitionen von Westunternehmen in Ostdeutschland 1993 auf knapp 50 Mrd. DM belaufen. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr ist mit 17 vH zwar deutlich geringer als 1992, angesichts der Rezession aber doch beachtlich. Die konjunkturelle Schwäche hat vor allem Unternehmen in der Industrie veranlaßt, ihre Investitionspläne zu revidieren.

Rückgang des privaten Verbrauchs bei gedämpftem Einkommenszuwachs

Die verfügbaren Einkommen der ostdeutschen privaten Haushalte sind 1992 um 23 vH gestiegen. Wesentlichen

Anteil daran hatte die in vielen Stufenverträgen festgelegte rasche Angleichung der Tarifföhne an das Westniveau. Der monatliche Durchschnittsverdienst eines Arbeitnehmers stieg gegenüber dem Vorjahr um 38 vH auf 2 510 DM oder 64 vH des Niveaus im Westen. Die Renten sowie andere Sozialtransfers nahmen ebenfalls kräftig zu. Insgesamt haben jedoch der Anstieg der Arbeitslosigkeit, das vorzeitige Ausscheiden vieler Arbeitnehmer aus dem Erwerbsleben, der Übergang in Arbeitsbeschaffung sowie in berufliche Fortbildung und Umschulung den Einkommenszuwachs gedämpft.

Hauptquelle der verfügbaren Einkommen sind auch in Ostdeutschland die Löhne und Gehälter der Erwerbstätigen. Mit 41 vH ist der Anteil der Sozialleistungen an den verfügbaren Einkommen jedoch erheblich höher als in Westdeutschland (25 vH). Ihr großes Gewicht wird vor allem durch die desolate Lage am Arbeitsmarkt bestimmt. Die realen Einkommen haben, bei kräftig gestiegenen Preisen für die Lebenshaltung, um 12 vH zugenommen. Zugleich hat sich die — zuvor recht niedrige — Sparneigung erhöht. Die privaten Haushalte steigerten ihren realen Verbrauch um reichlich 5 vH.

Im laufenden Jahr müssen sich die ostdeutschen privaten Haushalte auf einen deutlich abgeschwächten Einkommenszuwachs einstellen. Die Bruttolohn- und gehaltsumme je Beschäftigten dürfte 1993 um etwa 15 vH steigen. Damit ist der Anstieg erheblich geringer als im Jahr zuvor; zudem geht die Zahl der Beschäftigten erneut zurück. Auch die Transfereinkommen werden nicht mehr so stark expandieren wie im Vorjahr. Die Zahl der Transferempfänger steigt nur geringfügig. Neue Leistungen, wie es sie beispielsweise in der Vergangenheit mit dem Rentenüberleitungsgesetz gegeben hat, sind nicht zu erwarten. Insgesamt kann für 1993 mit einer Zunahme der verfügbaren Einkommen von 7 vH gerechnet werden.

Die Anhebung der administrierten Preise wird dazu führen, daß der Anstieg der Verbraucherpreise mit 9 vH gegenüber dem Vorjahr nochmals deutlich höher sein wird als in Westdeutschland. Dazu tragen 1993 insbesondere Mietanpassungen bei, höhere Tarife im öffentlichen Nahverkehr, der Anstieg der Gebühren für kommunale Leistungen, sowie die verstärkte Kostenbeteiligung beim Besuch von Kindertagesstätten.

Das Realeinkommen der privaten Haushalte wird unter diesen Umständen voraussichtlich zurückgehen. Angesichts der weiter angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt dürfte selbst bei leicht abnehmender Sparquote der private Verbrauch 1993 real um 1 vH sinken.

Defizit im innerdeutschen Handel bleibt hoch

Die Inlandsnachfrage in Ostdeutschland ist nach wie vor etwa doppelt so hoch wie das Angebot aus eigener Produktion. Infolge der nur langsam steigenden Wettbewerbsfähigkeit ostdeutscher Produzenten und des anhaltend

hohen Bedarfs insbesondere an Investitionsgütern und an hochwertigen Ge- und Verbrauchsgütern sind es vor allem Güter aus westdeutscher Produktion, auf die sich die Nachfrage in Ostdeutschland richtet. Die neuen Bundesländer bezogen 1992 Waren und Dienstleistungen aus Westdeutschland im Umfang von 233 Mrd. DM, 16 vH mehr als im Jahr zuvor.

Die Schere zwischen Einfuhren und Ausfuhren im Handel mit Westdeutschland hat sich damit weiter geöffnet. Die Rezession im Westen engte die Absatzmöglichkeiten für ostdeutsche Produkte zusätzlich ein. Der Bezug ostdeutscher Waren und Dienstleistungen hat in den alten Bundesländern nur noch geringfügig, auf 35 Mrd. DM, zugenommen.

Die ostdeutschen Einfuhren aus Westdeutschland werden 1993 vor allem wegen des Rückgangs des privaten Verbrauchs und einer verminderten Ausweitung der Investitionen, aber auch wegen fortschreitender Umstrukturierung und Modernisierung des ostdeutschen Sachkapitalbestandes und damit der Eigenherstellung wettbewerbsfähiger Produkte spürbar weniger als im Vorjahr zunehmen. Die Wareneinfuhren nach Westdeutschland dürften 1993 infolge der zunehmenden Produktionsverflechtung relativ kräftig expandieren, allerdings von einem sehr niedrigen Niveau aus.

Exporte ohne Schwung

Der Warenverkehr mit dem Ausland war 1992 weiter rückläufig. Die Ausfuhr betrug nur noch schätzungsweise ein Drittel, die Einfuhr ein Viertel des Niveaus im Jahre 1989. Besonders stark ist der Rückgang der Ausfuhren nach Mittel- und Osteuropa. Er konnte durch steigende ostdeutsche Warenexporte in das westliche Ausland nicht ausgeglichen werden. Mittel- und Osteuropa sind nach wie vor die Hauptabnehmer ostdeutscher Produkte; 1992 entfielen auf diese Länder immer noch 54 vH des Exports.

Die Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Betriebe ist nach wie vor unzureichend. Dies zeigt sich daran, daß sie in ihren traditionellen Absatzgebieten erhebliche Einbußen erleiden, während westliche Anbieter ihre Ausfuhren dorthin steigern können.

Auch 1993 stehen die Zeichen für die ostdeutsche Ausfuhr nicht günstig. Die gesamte konjunkturelle Situation in Westeuropa wird sich nur sehr zögernd verbessern. Qualität und Serviceleistungen ostdeutscher Anbieter werden sich denen vergleichbarer westdeutscher Produzenten nur langsam annähern können. Allerdings dürfte sich im Laufe des Jahres 1993 die ostdeutsche Ausfuhr in die ehemaligen Staatshandelsländer allmählich auf niedrigem Niveau stabilisieren.

Die ostdeutschen Einfuhren werden 1993 weiter zunehmen, da der Umbau der Wirtschaft in den neuen Bundesländern nach wie vor eine steigende Nachfrage nach

Investitionsgütern und die wachsende Produktion eine solche nach Vorprodukten induziert.

Gesamtwirtschaftliche Produktion steigt — Trendwende am Arbeitsmarkt frühestens 1994

Die gesamtwirtschaftliche Produktion dürfte 1993 in ähnlichem Maße zunehmen wie im vergangenen Jahr. Erneut wird der Produktionsanstieg vom Baugewerbe und den Dienstleistungsunternehmen getragen. Nachzieheffekte sind in einigen bau- und konsumnahen Industriebranchen zu erwarten. Das Übergewicht der expansiven Tendenzen darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Schrumpfungsprozeß in einigen Branchen andauern wird und viele Unternehmen vor existenzbedrohenden Problemen stehen. Zug um Zug werden zwar die Erneuerung und der Aufbau eines modernen Kapitalstocks die Wettbewerbsfähigkeit der Produktion verstärken. Wegen der Rezession im Westen wird es aber selbst für solche ostdeutsche Unternehmen, die kräftig investiert haben und neue Produkte anbieten, schwierig sein, Absatzmärkte zu finden.

Die Lage am Arbeitsmarkt wird sich 1993 nicht verbessern. Der Produktionszuwachs wird mit einer Umschichtung der Beschäftigung von den warenproduzierenden zu den dienstleistenden Wirtschaftsbereichen einhergehen. Eine Zunahme der Beschäftigung insgesamt wird er aber nicht nach sich ziehen. So ist bei der absehbaren und der bereits in Kraft getretenen Zurücknahme einzelner Instrumente der Arbeitsmarktpolitik, insbesondere der Altersübergangsgeldregelung, mit einem erneuten, wenn auch geringeren Anstieg der registrierten Arbeitslosigkeit als im Vorjahr zu rechnen. Erst im Laufe des nächsten Jahres dürfte die Beschäftigung steigen. Die registrierte Arbeitslosigkeit wird 1993 im Jahresdurchschnitt bei 1,25 Millionen Personen (16,5 vH der Erwerbspersonen) liegen. Unter Ein-schluß der Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wird die Zahl der Arbeitssuchenden bei 2 Millionen verharren; das sind rund ein Viertel der Erwerbspersonen.

Alles in allem steckt die ostdeutsche Wirtschaft noch tief in der Krise. Damit der Umbau rascher vorankommt, muß die Ausweitung der Investitionen zügig fortgesetzt werden. Nach den Zusagen, die die Erwerber von Treuhandbetrieben gegeben haben, wäre für das kommende Jahr eine kräftigere Ausweitung der Investitionen als 1992 zu erwarten. Neuere Befragungen westdeutscher Unternehmen deuten allerdings eher darauf hin, daß die Investitionen in Ostdeutschland im kommenden Jahr weniger aufgestockt werden als im laufenden. Vermutlich spielt in diesem Zusammenhang die Rezession in Westeuropa eine große Rolle. Mit dem Abklingen der konjunkturellen Schwäche im kommenden Jahr dürfte auch die Investitionsbereitschaft wieder zunehmen. Dies darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Tempo des Aufbauprozesses und das Entstehen neuer Arbeitsplätze ent-

Arbeitsmarktbilanz für Ostdeutschland
1000 Personen

	1990	1991	1992	1993 ¹⁾
	Jahresdurchschnitt			
Erwerbstätige im Inland	8 868	7 179	6 341	6 100
darunter:				
ABM-Beschäftigte	3	183	388	320
Kurzarbeiter	758	1 616	370	230
Frühverrentete	239	543	812	850
Berufliche Vollzeitweiterbildung	11	223	432	380
Arbeitslose	240	913	1 170	1 250
Pendlersaldo	79	290	360	330
Erwerbstätige Inländer	8 947	7 469	6 701	6 430
Selbständige und mithelfende Familienangehörige	317	490	564	600
Abhängig Beschäftigte	8 630	6 979	6 137	5 830
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr			
Erwerbstätige im Inland		-1 689	-838	-240
Frühverrentete		304	269	40
Berufliche Vollzeitweiterbildung		212	209	-50
Arbeitslose		673	257	80
Übersiedler (Erwerbspersonen)		173	40	30
Ausländer (Rückwanderung)		45	40	20
Pendlersaldo		211	70	-30
Erwerbstätige Inländer		-1 478	-768	-270
Selbständige und mithelfende Familienangehörige		173	74	35
Abhängig Beschäftigte		-1 651	-842	-305
¹⁾ Schätzung der Institute. <i>Quellen:</i> Statistisches Bundesamt, Bundesanstalt für Arbeit; eigene Berechnungen.				

scheidend davon abhängen, wie rasch sich die Rentabilität von Unternehmensinvestitionen in Ostdeutschland verbessert.

Öffentliche Finanzen

Rezessionsbedingte Ausweitung des Defizits

Die Ausgaben des Staates in West- und Ostdeutschland sind 1992 um 9 vH gestiegen; sie entsprachen 50 vH des Bruttosozialprodukts. Noch stärker aber erhöhten sich die Einnahmen des Staates. Neben der beträchtlichen Vergrößerung des Bundesbankgewinns schlug hier die außergewöhnlich kräftige Zunahme des Steueraufkommens (9,3 vH) und der Sozialbeiträge (8,5 vH) zu Buch. Das Budgetdefizit ist von 3,2 vH des Bruttosozialprodukts im Jahr 1991 auf 2,8 vH im Jahre 1992 gesunken.

Um den Anstieg der Staatsausgaben zu bremsen, wurden im Verlauf des Jahres 1992 verschiedene Maßnahmen beschlossen. Bedeutsam waren das Gesund-

heitsstrukturgesetz und die Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes. Diese Maßnahmen sollen im Jahr 1993 zu Minderausgaben von rund 10 Mrd. DM bzw. 5½ Mrd. DM führen. Zu Jahresbeginn 1993 kamen weitere Maßnahmen hinzu. Nachdem die Bundesaussgaben 1992 um 6,3 vH gestiegen waren, verfügte der Bundesfinanzminister für das laufende Haushaltsjahr eine Ausgabensperre. Sie betrifft vor allem die Sachausgaben im Verwaltungshaushalt, die Ausgaben für militärische Beschaffungen sowie zahlreiche Zuweisungen und Zuschüsse des Bundes. Die Bundesregierung versuchte im Rahmen des Föderalen Konsolidierungsprogramms — im eigenen Bereich sowie bei Ländern und Gemeinden — weitere Einsparungen durchzusetzen, und zwar bei den Personalausgaben, den Finanzhilfen und den Sozialleistungen. Die Ausgabenkürzungen fallen nach dem Konsens mit den Ländern allerdings wesentlich geringer aus als ursprünglich geplant. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern wurden für 1993 für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zusätzlich 2 Mrd. DM bereitgestellt.

Finanztransfers nach Ostdeutschland
in Mrd. DM

	1991	1992	1993 ¹⁾
Finanztransfers an Gebietskörperschaften ²⁾	111,6	124,4	128,0
— Fonds Deutsche Einheit	35,0	36,4	35,2
— Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost	12,0	12,0	—
— Einigungsbedingte Ausgaben des Bundes (Saldenausgleich ohne Gemeinschaftswerk)	50,8	59,5	74,3
— Umsatzsteuerausgleich der Länder	10,8	11,5	12,5
— Transfers der Länder	2,0	2,5	3,0
— Einigungsbedingte Mindereinnahmen in Westdeutschland ³⁾	1,0	2,5	3,0
Finanztransfers an Sozialversicherungen	20,5	31,8	42,0
— Zuschuß an die Arbeitslosenversicherung	20,5	31,8	40,0
— Zuschuß an die Rentenversicherung	—	—	2,0
Finanztransfers insgesamt	132,1	156,2	170,0

1) Schätzung der Institute. — 2) Ohne Zinssubventionen für ERP-Kredite. — 3) Mindereinnahmen in Westdeutschland durch Inanspruchnahme der Zulage für Investitionen in den neuen Bundesländern.
Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Trotz der Einsparmaßnahmen, die vor allem den Anstieg des Staatsverbrauchs begrenzen (3½ vH), werden die Ausgaben des Staates im laufenden Jahr um knapp 6 vH zunehmen. Die Sozialtransfers werden dabei vor allem rezessionsbedingt mit 7½ vH überdurchschnittlich expandieren. In den neuen Bundesländern werden die Personalausgaben um 13 vH, die öffentlichen Investitionen im Zuge des Aufbaus der Infrastruktur um fast 20 vH höher ausfallen als 1992. Zudem werden die staatlichen Zinsausgaben um 9 vH auf 108 Mrd. DM steigen und damit ein Siebtel der Steuereinnahmen binden.

Die Finanztransfers in die neuen Bundesländer werden 1993 um 14 Mrd. DM auf 170 Mrd. DM erhöht (vgl. Tabelle). Hierbei sind vor allem die höheren Ausgaben des Bundes (Saldenausgleich) für die neuen Länder sowie ein erheblich höherer Zuschuß zur Finanzierung der Ausgaben der Arbeitslosenversicherung in den neuen Bundesländern bedeutsam.

Das Steueraufkommen dürfte 1993 infolge der rückläufigen Beschäftigung, der ungünstigen Gewinnentwicklung und der schwachen Inlandsnachfrage nur wenig zunehmen. Das Aufkommen wird durch Steuerrechtsänderungen per saldo nur wenig beeinflusst. Zwar bringen die Einführung der Zinsabschlagsteuer und die Erhöhung der Mehrwertsteuer erhebliche Mehreinnahmen, doch stehen

dem vor allem Mindereinnahmen infolge des Wegfalls des Solidaritätszuschlags und der Erhöhung des Grundfreibetrags der Einkommensteuer für Bezieher niedriger Einkommen gegenüber. Insbesondere bei der Zinsabschlagsteuer gibt es aber erhebliche Schätzrisiken. Das Aufkommen an Sozialversicherungsbeiträgen wird 1993 nur wenig steigen. Ausschlaggebend hierfür sind neben dem Rückgang der Beschäftigung die geringen Lohnerhöhungen in Westdeutschland.

Die Bundesbank wird in diesem Jahr mit rund 13 Mrd. DM einen etwas geringeren Gewinn an den Bund abführen als im vorangegangenen Jahr. Alles in allem dürften die Staatseinnahmen in diesem Jahr mit knapp 3½ vH deutlich schwächer zunehmen als die Staatsausgaben. Das Budgetdefizit des Staates (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) wird vornehmlich rezessionsbedingt von 84 Mrd. DM auf 123 Mrd. DM (3,9 vH des Bruttosozialprodukts) steigen. Die Neuverschuldung der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Finanzstatistik — einschließlich der Kreditaufnahme der Treuhandanstalt, deren Schulden von den öffentlichen Haushalten im Jahr 1995 übernommen werden — ist auf 175 Mrd. DM oder auf 5½ vH des Bruttosozialprodukts zu veranschlagen (1992: 135 Mrd. DM oder 4,5 vH des Bruttosozialprodukts).

Zur Wirtschaftspolitik in Deutschland

Vordringliche Aufgabe der Wirtschaftspolitik in Deutschland muß die rasche Überwindung der Rezession im Westen sein. Die Auswirkungen der Rezession drohen in Ostdeutschland den Aufbau zu verlangsamen und die noch immer vorhandenen tiefgreifenden strukturellen Probleme zu verschärfen. Jedes Verzögern oder gar Streichen von Investitionen in den neuen Bundesländern vergrößert die ohnehin beachtliche Lücke zwischen Produktion und Einkommen und gefährdet den sozialen Konsens, der notwendig sein wird, um die Belastungen der kommenden Jahre möglichst friktionsfrei tragen zu können.

Die Überwindung einer Rezession erfordert allerdings weniger direktes staatliches Eingreifen als vielfach vermutet. Marktwirtschaftliche Systeme verfügen über eine Reihe automatischer Stabilisatoren, die das Tempo des Abschwungs mildern und in der Regel den Aufschwung herbeiführen. Verstärkte Anstrengungen der Unternehmen zur Verbesserung der Effizienz und die Freisetzung von Arbeitskräften entlasten beispielsweise die Kostensituation der Unternehmen kurzfristig und führen dazu, daß auch mittelfristig das Kostenniveau weniger stark steigt oder sogar sinkt. Die Gewinnerwartungen der Unternehmen verbessern sich. Das durch höhere Ausgaben des Staates

als Folge der gestiegenen Arbeitslosigkeit und durch geringere Einnahmen entstehende zusätzliche Defizit muß hingenommen werden und wirkt seinerseits stabilisierend auf die Konjunktur.

Von zentraler Bedeutung ist der eingebaute Stabilisator der Geld- und Kapitalmärkte. Die Kapitalnachfrage sinkt in der Rezession wegen der Investitionszurückhaltung der Unternehmen und der Kaufzurückhaltung privater Haushalte in der Regel stärker als das Kapitalangebot. Folglich sinkt der langfristige Zins. Ist die Geldpolitik stetig und am Wachstum des Produktionspotentials ausgerichtet, steigt das Geldangebot also von den zyklischen Schwankungen unbeeinflusst, so reagieren die kurzfristigen Zinsen am stärksten auf eine konjunkturelle Abschwächung. Die transaktionsbedingt geringere Nachfrage nach Geld führt dann zu einer Senkung der kurzfristigen Zinsen, was die Zinsstruktur normalisiert und damit von der Geldpolitik expansive Wirkungen ausgehen läßt. Die Unternehmen lösen kurzfristige Finanzanlagen auf, die sich lohnten, solange die Geldmarktzinsen relativ hoch und die mittelfristigen Ertragserwartungen ungünstig waren; sie beginnen zu investieren. In Deutschland hat allerdings Unsicherheit bezüglich der Interpretation und der Ableitung des Geld-

Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	Westdeutschland			Ostdeutschland			Bundesrepublik Deutschland		
	1991	1992	1993 ¹⁾	1991	1992	1993 ¹⁾	1991	1992	1993 ¹⁾
Bruttoinlandsprodukt ²⁾ (Veränderung in vH gegenüber Vorjahr)	3,7	1,5	-2,0	-31,4	6,8	5,5	0,6	2,0	-1,5
Erwerbstätige ³⁾ (1000 Personen)	29 219	29 450	28 975	7 179	6 341	6 100	36 398	35 791	35 075
Arbeitslose (1000 Personen)	1 689	1 808	2 300	913	1 170	1 250	2 602	2 978	3 550
Arbeitslosenquote ⁴⁾ (in vH)	5,5	5,8	7,5	10,9	14,9	16,5	6,7	7,7	9,2
Verbraucherpreise ⁵⁾ (Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr)	3,8	4,1	4,0	12,8	9,9	8,5	4,8	4,7	4,5
Finanzierungssaldo Staat ⁶⁾ (Mrd. DM)	-93,6	-66,4	-105,5	4,5	-17,1	-17,5	-89,1	-83,5	-123
Leistungsbilanzsaldo ⁷⁾ (Mrd. DM)	—	—	—	—	—	—	-32,9	-39,1	-40

1) Schätzung der Institute. — 2) Für Westdeutschland zu Preisen von 1985, für Ostdeutschland und Bundesrepublik Deutschland zu Preisen von 1991. — 3) Im Inland. — 4) Bezogen auf die zivilen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer und Arbeitslose). — 5) Preisniveau des privaten Verbrauchs. — 6) In der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. — 7) In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; eigene Berechnung der Institute.

mengenziels auf seiten der Bundesbank dazu geführt, daß die kurzfristigen Zinsen nur allmählich zurückgegangen sind, so daß dieser Mechanismus nur mit großer Verzögerung zum Tragen kommt. Das verlängert den Abschwung.

Nur wenn diese automatischen Stabilisatoren insgesamt keine Umkehr der konjunkturellen Entwicklung herbeiführen könnten, wäre der Staat gefordert, trotz hohen Schuldenstandes und sehr hoher Neuverschuldung, zusätzlich stützend mit kreditfinanzierten Expansionsprogrammen einzugreifen. Eine solche Situation ist derzeit nicht gegeben. Es spricht vieles dafür, daß zügige Zinssenkungen am kurzen Ende ausreichend sein werden, den Aufschwung einzuleiten, zumal die meisten Länder Europas dem deutschen Beispiel folgen würden. Mit einer potentialorientierten Politik ist dies zu vereinbaren.

Doch selbst wenn der Umschwung der Konjunktur rasch eintritt, ist das nur die notwendige Bedingung für die Bewältigung der wirtschaftspolitischen Herausforderungen in Deutschland. Die nächsten Jahre werden gekennzeichnet sein von zunehmenden Belastungen, die der Staat in der einen oder anderen Form seinen Bürgern auferlegen muß. Das ist die zwangsläufige Folge des Versuchs, alle Belastungen im Zuge der Einigung Deutschlands auf den Staat, der zunächst keinen Widerstand leistete, abzuwälzen. Diese Strategie ist gescheitert, weil die triviale Einsicht gefehlt hat, daß letztlich alle gemeinsam der Staat sind, folglich alle gesellschaftlichen Gruppen die Lasten übernehmen müssen, die einem anonymen Staat aufgebürdet werden sollten. Die Belastungen der nächsten Jahre können sich nur dann in Grenzen halten, wenn alle dazu beitragen, daß das Wachstum des realen Einkommens ausreichend groß ist, um die Verteilungsprobleme ohne tiefe Einschnitte in den Lebensstandard breiter Gruppen bewältigen zu können.

Notwendig ist eine Phase langanhaltenden dynamischen Wachstums. Die achtziger Jahre haben gezeigt, daß die Kreativität der Investoren und die Leistungsbereitschaft der Arbeitnehmer dies gemeinsam ermöglichen können. An rentablen Investitionsprojekten ist im Grundsatz kein Mangel. Die makroökonomischen Bedingungen müssen jedoch zulassen, daß die Rendite auf eingesetztes Kapital unter Berücksichtigung des Risikos der Investition im Durchschnitt höher ist als die Rendite, die bei einer Anlage in Finanztitel erzielt werden kann.

Im Westen setzt das vor allem voraus, daß Verteilungskonflikte vermieden werden und die internationale Attraktivität des Standorts für Investitionen gesichert wird. Deutschland wird auch internationales Kapital anlocken müssen. Das gelingt zu angemessenen Preisen nur, wenn die internen Bedingungen auch international als attraktiv und stabil angesehen werden.

In Ostdeutschland muß erst eine Situation herbeigeführt werden, in der das in den Unternehmen eingesetzte Kapital eine angemessene Rendite erzielen kann. Bei einer großen Zahl von Unternehmen ist das nur möglich, wenn der Kurs der Lohnpolitik durchgreifend geändert wird. Die

Korrektur der Verteilungsrelationen auf Größenordnungen, wie sie in den westlichen Marktwirtschaften üblich sind, ist unumgänglich, soll nicht am Ende die gesamte Wirtschaft nur noch aus einigen hochproduktiven Inseln bestehen, während ein großer Teil der Erwerbspersonen arbeitslos ist.

Finanzpolitik

Die Finanzpolitik steht vor einer schwierigen Aufgabe. Die Haushaltsdefizite sind nach der deutschen Vereinigung so stark gestiegen, daß eine Konsolidierung dringend geworden ist, zumal ein großer Teil der staatlichen Kreditaufnahme nicht investiv, sondern konsumtiv verwendet wird. Um die Rezession nicht zu verschärfen, muß zunächst aber ein weiterer Anstieg des Defizits hingenommen werden, der sich aus konjunkturbedingten Mindereinnahmen und Mehrausgaben ergibt. Soll dadurch das Vertrauen der Anleger am Kapitalmarkt nicht gefährdet werden, ist ein überzeugendes Konsolidierungskonzept für die kommenden Jahre erforderlich. Ob das föderale Konsolidierungsprogramm diese Voraussetzung erfüllt, ist offen.

Tatsächlich hat ein erheblicher Teil des Ausgabenanstiegs nichts mit der Vereinigung zu tun, und ein weiterer Teil steht zwar im Zusammenhang mit der Vereinigung, war aber nicht zwingend erforderlich. Vielmehr hat die Erhöhung der Ausgaben und des Defizits ihre Ursachen auch in Fehlentwicklungen in Ost- und Westdeutschland, auf die die Institute immer wieder hingewiesen haben.

In Ostdeutschland erfolgt die Angleichung der Einkommen an die westdeutschen Verhältnisse über starke Lohnerhöhungen und steigende staatliche Transfers. Diese Einkommenskonvergenz ist der realwirtschaftlichen Konvergenz, d.h. der Angleichung der Wirtschaftsleistung, weit davongeeilt. Ohne eine moderate Lohnpolitik und eine erfolgreiche Strukturanpassung in Ostdeutschland wird daher die Konsolidierung der Staatsfinanzen auch in Zukunft nicht gelingen.

In Westdeutschland wurde in der ersten Phase nach der Vereinigung, als die Wirtschaft noch im Boom war und die Steuereinnahmen reichlich flossen, der Ausgabenanstieg nahezu ungehemmt fortgesetzt; die fundamental veränderte Situation der öffentlichen Haushalte wurde weitgehend ignoriert. Neue Prioritätensetzungen bei den öffentlichen Aufgaben und damit verbundene Ausgabenumschichtungen und -kürzungen kamen nur zögerlich voran. So wurde trotz mehrerer Anläufe der Subventionsabbau nicht entschieden vorangetrieben. Auch bei den übrigen Staatsausgaben wurden, von Ausnahmen abgesehen, Einsparpotentiale nur wenig genutzt. Die Folge waren ein deutlicher Anstieg der Staatsausgabenquote und der Zwang zur Erhöhung von Steuern und Sozialabgaben.

Die langwierige Diskussion über den der Vereinigungsaufgabe sowie den konjunkturellen Gegebenheiten ange-

messenen finanz- und steuerpolitischen Kurs hat die Investoren und Verbraucher in hohem Maße verunsichert. Nun ist endlich ein Konsens erzielt worden. Ziel des geplanten föderalen Konsolidierungsprogramms ist es, den gesamten Staatshaushalt mittelfristig zu konsolidieren und die öffentlichen Haushalte in den neuen Bundesländern durch die Einbeziehung in das neu gestaltete Finanzausgleichssystem auf eine tragfähige Grundlage zu stellen. Im laufenden Jahr soll dabei die konjunkturbedingte Erhöhung des Budgetdefizits hingenommen werden, so daß die automatischen Stabilisatoren wirken können. Das ist der derzeitigen konjunkturellen Lage angemessen. Nach der schon früher beschlossenen Einführung der Zinsabschlagsteuer und der Mehrwertsteuererhöhung wurden weitere Steuererhöhungen für dieses Jahr vermieden. Die Weichen für eine mittelfristige Rückführung des Staatsdefizits und eine Entlastung des Kapitalmarktes scheinen gestellt.

Aus wachstumspolitischer Sicht ist es aber sehr problematisch, daß die mittelfristige Haushaltskonsolidierung überwiegend mit Hilfe von Abgabensteigerungen erreicht werden soll. Die Mineralölsteuer wird 1994 im Zusammenhang mit der Bahnreform angehoben, und im Jahre 1995 wird der Solidaritätszuschlag zur Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer wieder eingeführt; ferner werden die Vermögensteuer und die Versicherungsteuer (1.7.1993 und 1.1.1995) erhöht. Daneben ist zu erwarten, daß der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung 1994 um 1 1/2 Prozentpunkte steigt. Diese Abgabenerhöhungen summieren sich — bezogen auf 1995 — auf rund 60 Mrd. DM (vgl. Tabelle). Die heimlichen Steuererhöhungen infolge des progressiven Einkommensteuertarifs sowie eventuell weitere Anhebungen von Sozialabgaben bei der Arbeitslosenversicherung und der gesetzlichen Kranken-

versicherung — letztere im Zusammenhang mit der diskutierten Einführung einer Pflegefallversicherung — sind darin nicht einmal enthalten.

Der ursprüngliche Vorschlag zum Solidarpakt sah demgegenüber umfangreichere Einsparungen auf der Ausgabe Seite vor und eine vergleichsweise geringe Steuererhöhung zur Deckung eines „Restbedarfs“: Die Steuererhöhung nimmt jetzt nicht mehr den ursprünglich vorgesehenen Stellenwert einer ultima ratio, sondern den einer prima ratio ein. Im Rahmen der Solidarpaktverhandlungen haben die westlichen Bundesländer einen großen Teil der ihnen ursprünglich zugeordneten Mehrbelastungen auf den Bund und auf die Steuerzahler abgewälzt. Zwar gibt es keine eindeutigen Kriterien für die adäquate Verteilung der Lasten der Vereinigung auf die staatlichen Ebenen. Letztlich sind es ja immer die Bürger, die als Steuerzahler und Empfänger staatlicher Leistungen betroffen sind; deren Belastung läßt sich nur ermitteln, wenn die Folgewirkungen der Belastungsverschiebungen zwischen den staatlichen Ebenen bekannt sind. Festzustellen ist aber, daß bei dem jetzt gefundenen Konsens der Zwang zu mehr Ausgaben disziplin aufgrund leerer Kassen bei den westlichen Ländern und Gemeinden wesentlich geringer ist als beim Bund. Auch bei den ostdeutschen Ländern und Gemeinden, deren finanzielle Lage durch die nochmalige Aufstockung des Fonds Deutsche Einheit in den Jahren 1993 und 1994 und die Einbeziehung in den Länderfinanzausgleich ab 1995 wesentlich verbessert wird, gibt es keine Gewähr, daß die in den Verwaltungshaushalten vorhandenen Einsparpotentiale genutzt werden. Der gefundene Konsens birgt somit die Gefahr, daß die staatliche Ausgabenquote historisch hoch bleibt, die Leistungsanreize abnehmen und das gesamtwirtschaftliche Wachstumspotential, das ja die Grundlage für zukünftige staatliche Einnahmen ist, geringer ausfällt als bei einem Konsolidierungskurs, der stärker auf Einsparungen auf der Ausgabe Seite setzt.

Steuer- und Sozialabgabenerhöhungen¹⁾ 1994 und 1995
in Mrd. DM

	1994	1995
	gegenüber 1993	
Versicherungsteuer	1,7	4,1
Vermögensteuer	—	1,0
Solidaritätszuschlag	—	27,1
Mineralölsteuer ²⁾	8,0	8,2
Rentenversicherungsbeitrag	18,0	19,0
Insgesamt	27,7	59,4

¹⁾ Ohne heimliche Steuererhöhungen und bei unverändertem Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung. —

²⁾ Nach Abzug der Mindereinnahmen infolge der Anhebung der Kilometerpauschale.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen; eigene Berechnung der Institute.

Um die Risiken und Chancen der mittelfristigen Haushaltsentwicklung abzuschätzen, wurde eine Modellrechnung mit folgenden Annahmen erstellt (vgl. Tabelle Seite 261):

- Das nominale Bruttonettoprodukt Gesamtdeutschlands steigt im Durchschnitt der Jahre 1994 und 1995 um reichlich 5 vH.
- Die Abgaben werden wie vorgesehen erhöht.
- Die bei der Treuhandanstalt aufgelaufenen Schulden wie auch die Schulden der ostdeutschen staatlichen Wohnungsgesellschaften und der entsprechende Schuldendienst werden von den Gebietskörperschaften übernommen.

Wegen der laufenden Budgetdefizite und der Übernahme der Schulden aus den genannten Nebenhaushalten erhöhen sich die Zinsausgaben des Staates überproportional. Ausgabensteigernd wirken ferner vor allem die Bahnreform und die Subventionen an die von der Treuhandanstalt an die Gebietskörperschaften übergebenen

Längerfristige Entwicklung der Staatsfinanzen
Ausgaben des Staates, Steuern, Sozialabgaben, Budgetsaldo und Staatsverschuldung
in vH des Bruttosozialprodukts

	Ausgaben ¹⁾	Steuern ¹⁾	Sozialabgaben ¹⁾	Sonstige Einnahmen ¹⁾	Budgetsaldo ¹⁾	Verschuldung ²⁾
	Früheres Bundesgebiet					
1950	31,1	21,0	8,5	2,3	0,6	21,0
1960	32,9	23,0	10,3	2,6	3,0	17,4
1970	39,1	24,0	12,6	2,7	0,2	18,6
1980	48,9	25,8	16,8	3,4	-2,9	31,7
1981	49,7	25,1	17,4	3,6	-3,7	35,4
1982	50,0	24,8	17,9	4,0	-3,3	38,7
1983	48,7	24,8	17,3	4,1	-2,5	40,1
1984	48,1	24,9	17,3	4,0	-1,9	40,7
1985	47,7	25,1	17,4	4,1	-1,1	41,4
1986	47,1	24,4	17,4	4,0	-1,3	41,4
1987	47,4	24,5	17,5	3,5	-1,9	42,4
1988	47,0	24,3	17,4	3,2	-2,1	42,8
1989	45,3	24,9	17,0	3,5	0,1	41,3
1990	45,8	23,5	16,8	3,5	-2,0	43,2
	Bundesgebiet einschließlich der neuen Bundesländer					
1991	49,3	24,4	18,2	3,5	-3,2	41,5
1992	50,2	25,0	18,5	4,0	-2,8	.
	Prognose					
1993	51,2	24,8	18,6	3,8	-3,9	.
	Modellrechnung					
1994	51,5	25	19	4	-3,5	.
1995	51,5	26	19	3,5	-3	60

¹⁾ Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, die die Gebietskörperschaften und die Sozialversicherung, nicht aber die Treuhandanstalt umfaßt. — ²⁾ Öffentliche Haushalte (ohne Sozialversicherung, 1995 einschließlich Treuhandanstalt und ehemals staatliche Wohnungswirtschaft der DDR), Stand am Jahresende in vH des Bruttosozialprodukts des betreffenden Jahres.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; eigene Berechnung der Institute.

Unternehmen sowie sonstige Belastungen aus dem Treuhandbereich. Soll die Staatsausgabenquote nicht weiter steigen, dann dürfen die übrigen Ausgaben der Gebietskörperschaften im Durchschnitt der Jahre 1994/95 nur um rund 4 vH zunehmen. Da der Anstieg in Ostdeutschland höher liegt, müssen sich die westdeutschen Gebietskörperschaften mit einer Ausweitung von durchschnittlich 3 vH begnügen. Dies bedeutet in etwa Stagnation der realen staatlichen Leistungen.

Unter diesen Voraussetzungen könnte die staatliche Defizitquote von knapp 4 vH (unter Einbeziehung der Treuhandanstalt rund 5 vH) im Jahr 1993 auf rund 3 vH im Jahr 1995 zurückgehen. Falls eine weitergehende Senkung der Defizitquote auf 2½ vH angestrebt wird, müßten — bei gleichbleibender Abgabenbelastung — die Ausgaben um rund 20 Mrd. DM gekürzt werden.

Diese Überlegungen machen deutlich, daß bei dem eingeschlagenen Kurs der Finanzpolitik ein tendenzieller Rückgang der Defizitquote und damit eine Entlastung des Kapitalmarktes zwar erreichbar ist. Der Weg führt aber über eine deutliche Erhöhung der Abgabenbelastung. Die Ausgabenquote dürfte dabei bis Mitte der neunziger Jahre auf einem historisch hohen Niveau bleiben. Schon dafür müssen die öffentlichen Haushalte im Westen einen wesentlich härteren Sparkurs fahren als bisher und dürfen auch vor realen Kürzungen einzelner staatlicher Leistungen nicht zurückschrecken. Dies ist um so mehr geboten, wenn es bei der Staatsausgabenquote wieder zu einem deutlichen Abwärtstrend und bei der Haushaltskonsolidierung zu schnelleren Erfolgen kommen soll. Daß dies bei entsprechendem politischen Willen möglich ist, zeigen die Erfahrungen der achtziger Jahre. Notwendig ist dafür aber auch eine günstige gesamtwirtschaftliche Entwick-

lung. Die Risiken, daß die Mehrbelastungen die Wachstumskräfte schwächen, die Einnahmequellen weniger sprudeln und die Konsolidierung langsamer vorankommt als hier unterstellt, sind zweifellos vorhanden.

Um diese Risiken einzugrenzen, bedarf es einer grundlegenden Neuorientierung bei der staatlichen Ausgabenpolitik. Dringend erforderlich sind weitere Anstrengungen zu Einsparungen und Umschichtungen. Die Institute empfehlen seit längerem eine Selbstbindung der öffentlichen Haushalte und Sanktionsmechanismen zur Erreichung von mehr Ausgabendisziplin. Ohne diese Selbstbindung wird es immer wieder Versuche geben, die Lasten auf andere staatliche Ebenen und letztlich auf die Steuerzahler abzuschieben.

Der ab 1995 vorgesehene Solidaritätszuschlag sollte nicht als dauerhaft, sondern als temporäre Steuererhöhung konzipiert werden. Angesichts der Unsicherheiten über die zukünftigen Haushaltsbelastungen durch die neuen Bundesländer ist eine exakte Terminierung schwierig. Über die Fortdauer des Solidaritätszuschlags sollte in regelmäßigen Abständen entschieden werden. Durch eine derartige Wiedervorlage würden der prinzipiell befristete Charakter dieses Zuschlags dokumentiert und der Druck verstärkt, die notwendigen Mittel durch mehr Ausgabendisziplin zu erwirtschaften.

Mit Hilfe des sogenannten Standortsicherungsgesetzes plant die Bundesregierung, die mittelfristigen Rahmenbedingungen für die Unternehmen zu verbessern und damit die Schaffung von Arbeitsplätzen zu erleichtern. Zu diesem Zweck sollen im kommenden Jahr die im internationalen Vergleich hohen Gewinnsteuersätze gesenkt werden. Da diese Reform aber für den Staat aufkommensneutral sein soll, ist zur Kompensation eine Verschlechterung der steuerlichen Abschreibungsbedingungen vorgesehen. Das Gesetz führt somit lediglich zu einer Verschiebung der Steuerbelastung innerhalb des Unternehmenssektors. Die Belastungsunterschiede zwischen den verschiedenen Finanzierungsarten (Eigenfinanzierung versus Fremdfinanzierung) werden allerdings verringert, so daß dem Prinzip der Gleichmäßigkeit der Besteuerung besser als bisher Rechnung getragen wird. Auch dürften die niedrigeren Unternehmenssteuersätze günstige psychologische Wirkungen bei Standortüberlegungen haben. Da aber durch dieses Gesetz die nicht oder nur wenig investierenden Unternehmen steuerlich entlastet und die stark investierenden Unternehmen effektiv stärker belastet werden, ist kaum anzunehmen, daß davon positive Gesamtwirkungen auf die Sachkapitalbildung in Deutschland und auf das Schaffen von Arbeitsplätzen ausgehen.

Lohnpolitik

Die Lohnpolitik in Westdeutschland hat auf die konjunkturelle Schwäche und den Anstieg der Arbeitslosigkeit in der diesjährigen Runde mit Abschlüssen reagiert, die mit reichlich 3 vH deutlich hinter denen des Vorjahres (5½ vH)

zurückgeblieben sind. Mit der Einigung auf eine Rate, die auch unter dem laufenden Preisauftrieb liegt, wurde zudem ein wichtiges Signal dafür gesetzt, daß die Verteilungsprobleme der deutschen Vereinigung künftig ohne Inflationsdruck gelöst werden können. Die Tarifautonomie funktioniert folglich, wenn ausreichend starke Sanktionsmechanismen vorhanden sind. Diese wirken nicht, wenn der Staat zugunsten der einen oder anderen Seite eingreift.

Der Tarifabschluß im Jahre 1993 stabilisiert die Gewinnerwartungen der Unternehmen, und er ermöglicht weitere Zinssenkungen. Er eröffnet auch die Chance, den am Ende der 80er Jahre realisierten, kräftigen Wachstumspfad wieder zu erreichen. Ein solcher Wachstumspfad ist notwendig, soll in der jetzigen Rezession — anders als in jenen zur Mitte der 70er und am Beginn der 80er Jahre — das Entstehen eines erneut höheren Sockels an Arbeitslosigkeit vermieden werden. Die Lohnzuwächse sollten sich daher strikt an der mittelfristig zu erwartenden Produktivitätsentwicklung orientieren. Die Tarifrunden der nächsten Jahre werden allerdings in geringerem Maße als früher über das verfügbare Einkommen der Arbeitnehmer entscheiden, weil der Staat — stärker als jemals zuvor in Westdeutschland — auf die Bruttoeinkommen zugreifen wird. Das muß, ebenso wie vom Staat induzierte Preiserhöhungen, hingenommen werden.

Moderate Lohnzuwächse über eine Reihe von Jahren sind nur zu erwarten, wenn es gelingt, einen breiten Konsens in der Gesellschaft bezüglich der notwendigen staatlichen Aufgaben zu wahren. Dazu muß vor allem der Staat selbst seinen Beitrag leisten. Er muß sein Ausgabegebaren immer wieder überprüfen und zur Disposition stellen. Nur konsequente staatliche Sparsamkeit vermag die Bürger davon zu überzeugen, daß sie Mehrbelastungen zu tragen haben. Diese Mehrbelastungen selbst müssen Mindestanforderungen bezüglich der Gleichbehandlung aller Gruppen erfüllen, sollen Reaktionen über die Tarifverhandlungen vermieden werden.

Einen substantiellen Beitrag muß auch Ostdeutschland als Ganzes erbringen. Die neuen Bundesländer müssen die Rolle des gegenüber dem Westen Fordernden ablegen und die eigenen Anstrengungen zum Aufbau einer wirtschaftlichen Basis verstärken. Die Arbeitnehmer müssen sich auf ihre eigenen Fähigkeiten besinnen, anstatt nur den Vergleich mit den Einkommen der Kollegen im Westen zu suchen. Erste Ansätze dazu gibt es. Dem offen ausgebrochenen Konflikt in der Metallindustrie stehen mehr und mehr Bereiche gegenüber, die den Pfad der allzu raschen Angleichung der Löhne an das Westniveau verlassen haben und auf ein moderates Aufholtempo eingeschwenkt sind. Das gilt allerdings nicht für den öffentlichen Dienst, der, offenbar unbeeindruckt von der anhaltenden wirtschaftlichen Misere, in Ostdeutschland eine Vorreiterrolle übernimmt.

Der Konflikt in der Metallindustrie wird von beiden Seiten als Versuch der Durchsetzung weitergehender strategi-

scher Ziele der jeweils anderen Seite interpretiert. Das belastet das Verhandlungsklima außerordentlich. Bevor weitreichende Schlußfolgerungen in diese Richtung gezogen werden und die Fronten sich weiter verhärten, sollte bedacht werden, was wirklich passiert ist. Es ist ein Tarifvertrag gekündigt worden, der unter ganz besonderen, historisch einmaligen Umständen zustande gekommen war. Im Frühjahr 1991 gab es keine auch nur annähernd gleich starken Partner in den Verhandlungen. Auf Seiten der Arbeitgeber herrschte ein Machtvakuum, vielleicht sogar eine Umkehr der Interessen, weil zum Teil westliche Manager über die Löhne ihrer potentiellen Konkurrenten verhandelten. Inzwischen sind die meisten Betriebe privatisiert, so daß ein ostdeutsches Arbeitgeberinteresse in der Tat erst nach Abschluß des Vertrages entstanden ist.

Der Zeitpunkt des damaligen Abschlusses war auch gekennzeichnet durch enorm hohe Unsicherheit hinsichtlich des Tempos und des Fortgangs des Transformationsprozesses. Dazu gehörte nicht nur, wie rasch sich die ostdeutsche Wirtschaft auf marktwirtschaftliche Verhältnisse einstellen kann und in welchem Ausmaß westliche Investoren zu gewinnen sind, sondern auch die Unsicherheit bezüglich der Mobilität der Arbeitskräfte unter den Bedingungen hoher Arbeitslosigkeit. Schließlich war eine Rezession in Westdeutschland mit all ihren Auswirkungen auf Ostdeutschland nicht vorhergesehen worden. Diese Rezession hat — nahezu selbstverständlich — im Westen zu einer Revision der tarifpolitischen Linie geführt. Auch dies ist ein neues Datum für Ostdeutschland.

Gar nicht hoch genug einzuschätzen in seiner Bedeutung für das Zustandekommen des Vertrages war das Verhalten des Staates. Dieser hat im Zuge der Euphorie der Vereinigung und in Überschätzung seiner Möglichkeiten zunächst eine globale Verantwortung für die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland übernommen. Die Fähigkeit des Staates, grundlegende Fehlentwicklungen zu korrigieren, ist aber, wie sich jetzt wieder zeigt, in einer Marktwirtschaft auch bei Einsatz massiver Finanzhilfen äußerst begrenzt. Der Staat hat zugleich den Gewerkschaften den Weg eröffnet, mit den Unternehmen zu seinen eigenen Lasten zu verhandeln, also letztlich zu Lasten des Steuerzahlers, der nicht am Verhandlungstisch saß.

Ein Tarifvertrag, der unter solchen Bedingungen abgeschlossen wurde, sollte nicht zum Anlaß genommen werden, die Tarifautonomie grundsätzlich in Frage zu stellen. Andererseits müssen, wie die Institute schon im Herbst 1992 betont haben, Tarifverträge eine „innere Legitimität“ aufweisen, um ihre formale Legitimität zu untermauern. Diese innere Legitimität ist bei den ostdeutschen Stufentarifverträgen nicht mehr gegeben: Die Tarifentwicklung stellt die Entscheidung des Staates und der Gesellschaft insgesamt hinsichtlich der Wahl einer bestimmten Wirtschaftsordnung für Ostdeutschland in Frage. Die marktwirtschaftliche Ordnung verlangt, daß autonome Unternehmen eine faire Chance haben, Gewinne zu erzielen. Das ist in Ostdeutschland in weiten Teilen der Industrie, ins-

besondere in der Metallindustrie, nicht der Fall. Das bedeutet auch, daß es keine gleichberechtigten autonomen Partner für wirkliche Verhandlungen über die Tariflöhne gibt. Die Unternehmen haben kaum eine Chance, den Folgen des Tarifvertrages zu entgehen und ihre Position zu verbessern, auch wenn sie zum Zeitpunkt des Abschlusses dieses Vertrages noch nicht existierten oder noch in Staatseigentum waren.

Auch der Sanktionsmechanismus für Fehlverhalten existiert in Ostdeutschland nicht in der für westliche Volkswirtschaften üblichen Weise. Zunächst ist lange Zeit der Anstieg der Arbeitslosigkeit nicht der Lohnentwicklung, sondern einer dem Transformationsprozeß eigenen Logik zugerechnet worden. Auch jetzt, wo der Zusammenhang deutlicher wird, scheint vor allem der Staat gefordert, die Folgen der Arbeitslosigkeit zu tragen. Das Prinzip, nach dem diejenigen, die für die Fehlentwicklung verantwortlich sind, die Folgen finanziell zu tragen haben, ist aufgehoben: Westdeutschland finanziert den größten Teil der Arbeitslosigkeit und der Arbeitsmarktpolitik in den neuen Bundesländern, nicht Ostdeutschland selbst.

Nimmt man alles zusammen, ist die Auffassung zwingend, daß die Stufentarifverträge zu revidieren waren. Da es dazu nicht gekommen ist, sondern die Kündigung der Verträge erfolgte, sollte nun ein Neuanfang gemacht werden. Geschäftsgrundlage könnte dabei die Einsicht beider Seiten sein, daß die Kündigung eines Tarifvertrages ein einmaliger, auf die besonderen Bedingungen der historischen Situation zurückzuführender Vorgang ist. Es wäre fatal, wenn wegen dieses Vertrages die Tarifautonomie im Ganzen, die sich im Westen immer wieder bewährt hat, in Frage gestellt würde.

Die Orientierungslinie für Neuabschlüsse ist in einigen Bereichen und Branchen bereits festgelegt worden. Es muß aber im Bewußtsein bleiben, daß selbst Lohnsteigerungen von etwa 9 vH nur dann die unumgängliche Korrektur der Verteilungsrelationen einleiten, wenn die Zahl der Beschäftigten weiter sinkt. Bei diesen Lohnsteigerungen und einer Rate für die Metallindustrie, die weit unter 26 vH liegt, ergibt sich nochmals ein Abbau der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigung. Wir schätzen ihn auf fast 5 vH. Gleichzeitig sinkt die Lohnquote lediglich von 104 vH auf 96 vH. Die Lohnstückkosten bleiben um fast 80 vH über denen in Westdeutschland. Damit steht die Existenz vieler ostdeutscher Betriebe auf dem Spiel.

Arbeitsmarktpolitik

Angesichts der unverändert kritischen Situation der ostdeutschen Wirtschaft muß die Arbeitsmarktpolitik weiterhin eine Brückenfunktion übernehmen. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze hält nicht Schritt mit dem Wegfall bestehender Beschäftigungsverhältnisse. Daß der Staat bzw. die Gemeinschaft der Versicherten diese Brücke bis zu einem neuen Beschäftigungsverhältnis bereitstellt, darf

aber nicht dahingehend interpretiert werden, daß der Staat eine allumfassende Garantie für eine bestimmte Zahl von Arbeitsplätzen übernimmt. Wie wir an verschiedenen Stellen dieses Gutachtens darlegen, kommt die Schaffung von Arbeitsplätzen vor allem deswegen nicht in Gang, weil die ostdeutschen Industrieunternehmen kein Eigenkapital bilden und damit nicht ausreichend investieren können. Dafür wiederum hat die Lohnentwicklung Verantwortung zu übernehmen. Es ist keine glaubwürdige Position, auf der einen Seite die Lohnentwicklung von dieser Verantwortung freistellen zu wollen und auf der anderen Seite zu behaupten, Arbeitslosigkeit sei die einzige Alternative zu Arbeitsbeschaffungs- und Weiterbildungsmaßnahmen. Nur wenn es keinen Weg gäbe, rentable Arbeitsplätze zu schaffen, wäre die Finanzierung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen kaum teurer als die Finanzierung von Arbeitslosigkeit.

Doch auch eine Wende in der Lohnpolitik, wie sie in einigen Bereichen vollzogen worden ist, kann nicht kurzfristig für so viele neue Arbeitsplätze sorgen, daß der Einsatz der aktiven Arbeitsmarktpolitik spürbar eingeschränkt werden könnte. Insbesondere Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen sind weiter in erheblichem Ausmaß erforderlich, um eine Dequalifikation und Demotivation der Arbeitskräfte möglichst weitgehend zu verhindern. Vorsorge muß allerdings dafür getroffen sein, daß Anreize erhalten bleiben, in den ersten Arbeitsmarkt zu wechseln. Die jetzt praktizierte Regelung, nur eine Arbeitszeit von 80 vH zu entgelten, ist dazu geeignet.

Privatisierung und Industriepolitik in Ostdeutschland

Die Institute haben immer wieder darauf hingewiesen, daß die Vorgabe eines Kreditrahmens bei der Treuhandanstalt dazu führt, daß dieser Rahmen ausgeschöpft wird. Genau dies ist trotz des drastisch sinkenden Unternehmensbestandes im Portefeuille der Treuhandanstalt und der stark zurückgehenden Zahl der Arbeitsplätze in Treuhandbetrieben eingetreten. Je Arbeitsplatz in Treuhandbetrieben und in den Betrieben, die privatisiert werden, wird 1993 ein Vielfaches der Summe ausgegeben, die 1991 aufgewendet wurde. Das ist in der Logik der gewählten Konstruktion begründet. Die Treuhandanstalt steht von vielen Seiten, auch von der Seite der öffentlichen Hand selbst, unter Druck, Geld auszugeben. Schöpfen die Ausgaben den vorgegebenen Rahmen nicht aus, wird dies nicht als Erfolg, sondern als Versagen gewertet.

Die Treuhandanstalt wird ihr operatives Geschäft, den Verkauf von Betrieben, angesichts der Fortschritte bei der Privatisierung und des Mangels an weiteren aus ihrer Sicht privatisierungsfähigen Betrieben bald einstellen können. Damit werden viele noch bestehende Betriebe in andere staatliche Obhut übergehen. Es muß ein Konzept dafür gefunden werden, wie mit ihnen verfahren werden soll. Die Treuhandanstalt hatte sich zur Verwendung ihrer Mittel

nach Prüfung der Einzelfälle entschlossen. Der Leitgedanke von Treuhandanstalt und Politik ist es bis heute, daß Konzepte für die Sanierung und die Privatisierung von Betrieben plausibel sein müssen. Plausible Konzepte sollen erklärtermaßen am Geld nicht scheitern. Plausibilität bemißt sich unter den gegebenen Umständen vor allem an der Konsensfähigkeit eines Konzeptes bei den Beteiligten. Plausibilität und Konsensfähigkeit sind aber keine Kriterien für künftigen wirtschaftlichen Erfolg; jedoch mobilisieren sie Mittel bis hin zur massiven Subventionierung, auch um einmal getroffene Entscheidungen schließlich doch rechtfertigen zu können. Dies alles stellt die ökonomische Rationalität auf den Kopf, nach der sich nur im Wettbewerb herausstellen kann, wie Mittel — auch öffentliche — im Unternehmensbereich am besten angelegt sind. Fatal wäre es, wenn für das nach Beendigung des operativen Geschäfts der Treuhandanstalt übrigbleibende Konglomerat von Unternehmen erneut eine Lösung im Sinne von Plausibilität und Konsensfähigkeit bei Beamten und Politikern gesucht würde.

Die Umkehrung dieses Prinzips ist zwingend: Auch „plausible Unternehmenskonzepte“ müssen am Geld — öffentlichem Geld — scheitern können. Das bedeutet, die Politik muß gezwungen sein, in einem Wettbewerbsprozeß nach Alternativen im Sinne anderer Investoren oder anderer Umstrukturierungskonzepte zu suchen. Das ist nur möglich, wenn die Höhe der staatlichen Zuschüsse bei Privatisierung oder Umstrukturierung strikt begrenzt ist. Dazu würde es sich beispielsweise anbieten, die Summe, die für die Erhaltung eines Arbeitsplatzes aufgewendet werden soll, von vornherein zu fixieren. Schließlich ist auch zu beachten, daß in vielen Fällen eine allgemeine Regionalförderung die sehr viel bessere Alternative zu hoch subventionierter Privatisierung oder Umstrukturierung einzelner Branchen oder Betriebe sein dürfte — sei es in Form der direkten Förderung staatlicher Infrastruktur, sei es in Form der Förderung privater Initiative. Nur die „Faszination des Unmittelbaren“, der Politiker allzu leicht erliegen, erklärt, daß für die Erhaltung bestehender Arbeitsplätze viel größere Summen zu aktivieren sind als für die allgemeine Förderung des Entstehens neuer Unternehmen und Arbeitsplätze.

Geldpolitik

Über eine geraume Zeit hat die Geldmengenexpansion im zurückliegenden Jahr sehr viel stärker zugenommen, als es der Zielvorstellung der Deutschen Bundesbank entsprach. Die Institute haben diese Geldmengenexpansion — bei aller Übereinstimmung hinsichtlich des Erfordernisses, das Geldmengenwachstum an dem des Produktionspotentials auszurichten — für nicht so bedenklich gehalten wie die Bundesbank selbst, und zwar aus zwei Gründen. Zum einen hielten sie eine höhere Zielvorgabe für angemessen. Zum anderen erwarteten sie, daß die Expansion der Geldmenge ohnehin bald nachlassen

würde. Für die Auffassung der Institute war insbesondere maßgeblich, daß sie Niveau und Struktur von kurz- und langfristigen Zinsen im Lichte der konjunkturellen Entwicklung eine große Bedeutung einräumten. Von September vorigen Jahres bis heute sind die langfristigen Zinsen im Durchschnitt von $8\frac{1}{2}\%$ auf $6\frac{1}{2}\%$ gesunken. Die vergleichsweise hohen kurzfristigen Zinsen sind diesem Trend nur zögernd gefolgt; denn die Bundesbank, die die Geldmarktzinsen weitgehend kontrolliert, hat ihre Leitzinsen (Lombard-, Diskont- und Pensionssatz) nur in kleinen Schritten ermäßigt.

Auf den ersten Blick erscheint das lange ausgeprägt inverse Zinsgefälle sowohl wachstums- als auch stabilitätspolitisch gerechtfertigt. Einerseits ist der langfristige Zins auf ein recht niedriges Niveau gesunken; an den aktuellen Inflationsraten von über 4 vH gemessen, hat er real sogar ein „historisches Tief“ erreicht. Da für die Finanzierung der Investitionen insgesamt überwiegend längerfristige Fremdmittel eingesetzt werden, scheinen von der monetären Seite her keine Hemmnisse mehr gegen eine Investitionsbelebung zu bestehen. Andererseits drohe — so wird oft befürchtet — angesichts beträchtlicher Geldbestände von Unternehmen und Haushalten sowie einer Inflationsrate, die noch deutlich über der mittelfristig angestrebten Marke von 2 vH liegt, eine forcierte Senkung der kurzfristigen Zinsen einen Rückschlag auf den Kapitalmärkten hervorzurufen: Die Inflationserwartungen könnten wieder aufleben; inländische und ausländische Geldanleger zögen sich daraufhin aus den deutschen Kapitalmärkten zurück, so daß der langfristige Zins wieder steigen und der Außenwert der D-Mark mit preistreibenden Folgen unter Druck geraten müßte.

Häufig wird die dem Rückgang des langfristigen Zinses folgende Senkung der Leitzinsen schon als eine — wenn auch vorsichtige — Abkehr von einer restriktiven Linie aufgefaßt. Tatsächlich jedoch deutet das seit längerem anhaltende inverse Zinsgefälle bei sinkenden langfristigen Zinsen auf eine unverändert restriktive Wirkung der Geldpolitik hin. Die hohen kurzfristigen Zinsen signalisieren Knappheit des Angebots von Zentralbankgeld, während im Rückgang der langfristigen Zinsen zum Ausdruck kommt, daß die Kapitalnachfrage stärker sinkt als das Angebot und die Inflationserwartungen nachlassen. Unerwünscht ist, daß die Dämpfung der Inflationserwartungen mit einem volkswirtschaftlich verlustreichen Anpassungsprozeß verbunden ist: Jede zur Eindämmung des Booms verschärfte Geldpolitik trifft zunächst die Nachfrage nach Investitions- und Verbrauchsgütern. Die folgende Einschränkung der Produktion führt bei zunächst nur schwach reagierender Beschäftigung und noch steigenden Lohnkosten zu einer Verminderung der Produktivität je Arbeitsstunde und zu einer Zunahme der Lohnstückkosten. Da die zusätzlichen Kosten nicht voll in den Absatzpreisen weitergegeben werden können, sinken die Gewinne und die Gewinnerwartungen. Schon in diesem Stadium kühlt sich das Preis-klima ab. Doch die Inflationserwartungen werden erst dann

nachhaltig gebrochen, wenn — aufgrund sinkender Beschäftigung und steigender Arbeitslosigkeit — die Lohnzuwächse abnehmen. Die dann einsetzende Dämpfung des Lohnstückkostenanstiegs reicht in der Regel auch noch in den nächsten Aufschwung hinein, da bei weiterhin sinkender Beschäftigung und unverändertem Nominallohnanstieg der Produktionszuwachs auch die Arbeitsproduktivität für einige Zeit nach oben zieht.

Die Rezession und die damit verbundene Erwartung einer Dämpfung der Preis- und Lohnstückkostensteigerungen führen zu einem Rückgang der langfristigen Zinsen. In dieser Situation liegt die erwartete Inflationsrate deutlich unter der tatsächlichen Rate; deshalb ist es unangemessen, von einem „historischen Tief“ des langfristigen Realzinses — gemessen als gegenwärtiger nominaler Kapitalmarktzins, in dem die künftigen niedrigen Inflationsraten eskomptiert sind, abzüglich der gegenwärtigen Inflationsrate — zu sprechen, der einen neuen Investitionsaufschwung auslösen könnte.

Nicht gerechtfertigt sind auch die Bedenken, die gegen eine deutlich raschere Ermäßigung der Leitzinsen vorgebracht werden. Die Gefahr ist weitgehend gebannt, daß eine solche Politik die Inflationserwartungen wieder verstärken und die inländischen wie ausländischen Anleger von den deutschen Kapitalmärkten verdrängen würde. Auch das Argument, daß eine Zinssenkung in Deutschland zu Abflüssen von langfristigem Kapital und zu einer preistreibenden Abwertung führen würde, überzeugt nicht. In Westeuropa, dem wichtigsten Handelspartner Deutschlands, würden die Notenbanken mit Zinssenkungen reagieren, so daß hier das Zinsgefüge weitgehend erhalten bliebe. Doch selbst wenn dies — wie gegenüber dem US-Dollar — nicht zutrifft, sollte die Bundesbank an ihrem Grundsatz festhalten, eine potentialorientierte und keine wechselkursorientierte Geldpolitik zu verfolgen. Mit einem zögerlichen Abbau der inversen Zinsstruktur würde die Schrumpfung von Produktion und Beschäftigung verlängert werden. Eine nachhaltige Schwächung der Investitionstätigkeit würde aber den Aufbau des Produktionspotentials in Ost- und in Westdeutschland beeinträchtigen. Für ausländische Investoren verlöre der Investitionsstandort Deutschland an Attraktivität. Die hiervon ausgehende Gefahr für den Außenwert der D-Mark ist sicherlich ernster zu nehmen als das Risiko einer zinsbedingten Schwächung der D-Mark.

Eine raschere Senkung der Leitzinsen, d.h. eine deutliche Verbilligung des Angebots an Zentralbankgeld steht derzeit durchaus im Einklang mit den Grundsätzen einer stabilitäts- und wachstumsgerechten Geldmengenpolitik. Gewiß hat die Geldmenge im vergangenen Jahr sehr stark expandiert und ist damit erheblich über das Geldmengenziel der Bundesbank hinausgegangen. Die Institute hatten aber in ihrer Gemeinschaftsdiagnose vom letzten Herbst vor einer Dramatisierung gewarnt. Nach Auffassung der Institute war bei der ursprünglichen Ableitung des Geldmengenziels, die von einer Zunahme des gesamtdeutschen

Produktionspotentials um gut 3 vH und einem mittelfristig angestrebten Preisanstieg von 2 vH ausging, die trendmäßige Abnahme der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes unterschätzt worden; überdies war nicht berücksichtigt worden, daß in Ostdeutschland ein beträchtlicher zusätzlicher Geldbedarf zur Alimentierung des Preisanpassungsprozesses besteht. Hinzu kamen einige nur kurzfristig bedeutsame Sondereffekte. Die Institute leiteten sowohl für 1992 als auch für 1993 ein Geldmengenziel von jeweils 7 vH ab. Die Ableitung des Zielkorridors durch die Bundesbank für das Jahr 1993 entspricht solchen Überlegungen weitgehend.

Inzwischen sind mit dem Abklingen der Währungsunruhen spekulative Auslandsgelder zurückgeflossen, und der im Zusammenhang mit Kapitalfluchttransaktionen, vor allem über Luxemburg, entstandene zusätzliche Bargeldbedarf hat sich weitgehend zurückgebildet. Infolgedessen ist die Geldmenge M3 insgesamt in den vergangenen Monaten nur wenig gewachsen. In diesem Jahr wird der umsatzbedingte Geldbedarf nur wenig zunehmen. Doch selbst, wenn die Bundesbank ihre Leitzinsen in einem schnelleren Tempo als bisher herabsetzt, ist es nicht sicher, daß der Zielkorridor erreicht wird. Sollte es nämlich zu einem raschen Abbau des inversen Zinsgefälles oder sogar zu einer Normalisierung der Zinsstruktur kommen, wird die Geldmenge M3 Reaktionen zeigen, die spiegelbildlich zur Reaktion auf das inverse Zinsgefälle im Jahr 1992 sind. Die Geldanleger werden angesichts relativ niedriger kurzfristiger Zinsen auf Terminkonten angelegte Ersparnisse dem Kapitalmarkt zuführen. Eine dadurch bedingte Unterschreitung des Geldmengenziels könnte ebensowenig als echte Zielverfehlung angesehen werden wie jenes Maß an Zielüberschreitung im Jahr 1992, das auf der inversen Zinsstruktur beruhte.

Mittel- und Osteuropa als Herausforderung

Mit dem Ende der Zentralplanwirtschaft und dem Zusammenbruch des Handels untereinander ist die Produktion überall in Mittel- und Osteuropa dramatisch zurückgegangen. In den meisten Volkswirtschaften, vor allem in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, ist ein Ende der Talfahrt noch nicht abzusehen. Darüber ist die Systemtransformation vielfach ins Stocken geraten. Erforderlich sind entschlossene Maßnahmen, um die Voraussetzungen für eine funktionsfähige Marktwirtschaft zu schaffen. Damit die Systemtransformation und die Reformen in Mittel- und Osteuropa vorangetrieben werden können, muß es eine glaubhafte Perspektive für eine kräftige Aufwärtsentwicklung nach der Phase des Niedergangs geben.

Eine solche Perspektive erfordert auch die Eingliederung der mittel- und osteuropäischen Länder in die internationale Arbeitsteilung, bei der sie Märkte für ihre Produkte finden, sich spezialisieren und attraktive Standorte für ausländische Investoren werden. Die Voraussetzungen dafür müssen viele Länder erst noch schaffen. Die westlichen Industrieländer wollen umfangreiche Mittel — insbesondere

für die GUS — zur Verfügung stellen, um die sozialen Folgen der Umstellungen abzufedern, die Reformen voranzubringen und den Umbau der Wirtschaft zu fördern. Die Vergabe der Mittel ist zu einem beträchtlichen Teil an die Verwirklichung konkreter Reformprojekte gebunden, um zu verhindern, daß lediglich die Fortdauer der herrschenden Zustände alimentiert wird. Über die finanzielle Hilfe, so wichtig sie für die Systemtransformation sein mag, darf aber der Kern des Beitrags nicht aus dem Blick geraten, den die westlichen Länder für die Integration der mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften in die internationale Arbeitsteilung zu leisten haben, nämlich die Öffnung ihrer Märkte für die Produkte dieser Länder.

Wegen des technischen Rückstandes gegenüber dem Westen einerseits und der niedrigen Löhne, zum Teil großer Rohstoffvorkommen und reichlicher Bodenflächen andererseits liegen die Wettbewerbsvorteile der mittel- und osteuropäischen Länder gegenwärtig insbesondere bei arbeits-, rohstoff- und bodenintensiven Fertigungen. Es ist unverkennbar, daß die handelsbeschränkenden Maßnahmen zum Schutz der betreffenden Branchen in den westlichen Industrieländern, vor allem auch in der EG, gegenüber mittel- und osteuropäischen Anbietern zunehmen. Die Folgen eines fortgesetzten Protektionismus wären für alle beteiligten Länder verhängnisvoll. In Mittel- und in Osteuropa würden die Aussichten auf einen Ausweg aus der wirtschaftlichen Krise verdüstert. Die Konsequenz für den Westen könnte sein, daß er sich letztlich zu immer größeren finanziellen Hilfen gezwungen sähe, um politischen und wirtschaftlichen Katastrophen zu begegnen. Vor allem aber gingen die Chancen verloren, die die Eingliederung der mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften in die internationale Arbeitsteilung bietet. Zug um Zug eröffnen sich mit den Fortschritten dieser Länder im Westen nämlich auch Märkte im Osten. Gerade die Unterschiede im technologischen Niveau, in den Lohnkosten, bei der Verfügbarkeit von Boden, Rohstoffen und Kapital versprechen große Vorteile der Spezialisierung und des internationalen Handels.

Die Integration der mittel- und osteuropäischen Länder in die internationale Arbeitsteilung bedeutet für den Westen einen verstärkten strukturellen Anpassungsbedarf. In Branchen wie der Landwirtschaft, der Eisen- und Stahlindustrie, der Holzverarbeitung und -bearbeitung, der Textilindustrie oder der Bekleidungsindustrie wird sich der Wettbewerb durch die Ausweitung des Angebotes aus den Reformländern verschärfen. Insbesondere den Investitionsgüterindustrien dürften sich dagegen sehr große neue Absatzmärkte eröffnen, wenn der Aufbauprozess in Mittel- und Osteuropa Fortschritte macht. Die Integration der Reformländer kann erhebliche Wachstumsimpulse für die westlichen Industrieländer zur Folge haben, vorausgesetzt, daß sie sich den Herausforderungen stellen.

In der gegenwärtigen Rezession ist die Neigung zu weiteren Protektionsmaßnahmen seitens der EG offensichtlich, zumal die von der Konkurrenz aus Mittel- und Osteu-

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für das Jahr 1993
WESTDEUTSCHLAND

	1991 ¹⁾	1992 ¹⁾	1993 ²⁾	1992 ¹⁾		1993 ²⁾	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

1. Entstehung des Inlandsprodukts
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Erwerbstätige im Inland	2,6	0,8	-1,5	1,4	0,2	-1,5	-2,0
Arbeitszeit (arbeitstäglich)	-0,9	-0,8	-1,5	-0,6	-1,0	-1,5	-2,0
Arbeitstage ³⁾	0,0	0,6	0,0	0,3	0,9	0,0	0,0
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	1,7	0,5	-3,5	1,1	0,0	-3,0	-3,5
Produktivität ⁴⁾	2,0	1,0	1,5	0,9	1,0	0,5	2,5
Bruttoinlandsprodukt real	3,7	1,5	-2,0	2,0	1,0	-2,5	-1,5

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen
a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	1 420,7	1 492,7	1 534,0	725,7	767,1	749,0	785,0
Staatsverbrauch	468,1	499,1	510,5	230,2	268,9	235,5	275,0
Anlageinvestitionen	565,1	596,3	602,5	286,6	309,7	285,0	317,5
Ausrüstungen	261,6	258,7	244,0	125,6	133,2	116,0	128,0
Bauten	303,5	337,6	358,5	161,1	176,5	169,0	189,0
Vorratsveränderung	-8,6	-5,9	-12,5	12,3	-18,2	5,5	-18,0
Außenbeitrag	167,5	189,7	193,0	90,2	99,6	94,5	99,0
Ausfuhr	891,7	928,5	922,5	458,9	469,6	455,0	467,5
Einfuhr	724,3	738,8	729,5	368,7	370,0	360,5	369,0
Bruttoinlandsprodukt	2 612,6	2 772,0	2 827,5	1 345,0	1 427,0	1 369,0	1 458,0

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	7,5	5,1	2,5	5,1	5,1	3,0	2,5
Staatsverbrauch	5,3	6,6	2,5	6,5	6,7	2,5	2,0
Anlageinvestitionen	11,5	5,5	1,0	7,3	4,0	-0,5	2,5
Ausrüstungen	11,8	-1,1	-5,5	1,0	-3,0	-7,5	-4,0
Bauten	11,3	11,2	6,0	12,7	9,9	5,0	7,0
Ausfuhr	14,7	4,1	-0,5	6,3	2,1	-1,0	-0,5
Einfuhr	14,0	2,0	-1,5	3,8	0,3	-2,0	-0,5
Bruttoinlandsprodukt	8,1	6,1	2,0	6,7	5,5	2,0	2,0

3. Verwendung des Inlandsprodukts in Preisen von 1985
a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	1 274,6	1 287,1	1 271,5	629,6	657,5	623,5	648,0
Staatsverbrauch	393,6	403,4	403,5	198,1	205,3	198,0	205,5
Anlageinvestitionen	485,0	492,3	480,0	238,3	253,9	228,5	251,5
Ausrüstungen	239,6	233,1	217,0	113,4	119,8	103,0	114,0
Bauten	245,4	259,1	263,0	125,0	134,2	125,5	137,5
Vorratsveränderung	-4,5	-0,5	-11,0	15,6	-16,1	6,0	-17,0
Außenbeitrag	60,9	60,5	54,0	27,7	32,8	23,5	30,5
Ausfuhr	855,9	883,2	868,0	437,4	445,8	430,0	438,0
Einfuhr	794,9	822,7	814,0	409,7	412,9	406,5	407,0
Bruttoinlandsprodukt	2 209,6	2 242,7	2 198,0	1 109,3	1 133,4	1 079,5	1 118,5
nachrichtlich: Bruttosozialprodukt	2 226,8	2 246,3	2 203,0	1 113,3	1 133,0	1 081,5	1 121,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	3,6	1,0	-1,0	0,3	1,6	-1,0	-1,5
Staatsverbrauch	0,5	2,5	0,0	3,5	1,5	0,0	0,0
Anlageinvestitionen	6,5	1,5	-2,5	2,9	0,2	-4,0	-1,0
Ausrüstungen	9,1	-2,7	-7,0	-0,9	-4,4	-9,0	-5,0
Bauten	4,1	5,6	1,5	6,7	4,6	0,5	2,5
Ausfuhr	12,8	3,2	-1,5	4,9	1,5	-1,5	-2,0
Einfuhr	11,7	3,5	-1,0	4,1	2,9	-0,5	-1,5
Bruttoinlandsprodukt	3,7	1,5	-2,0	2,0	1,0	-2,5	-1,5
nachrichtlich: Bruttosozialprodukt	3,6	0,9	-2,0	1,4	0,4	-3,0	-1,0

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
 Vorausschätzung für das Jahr 1993
 noch: WESTDEUTSCHLAND

	1991 ¹⁾	1992 ¹⁾	1993 ²⁾	1992 ¹⁾		1993 ²⁾	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (1985 = 100)
 Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	3,8	4,1	4,0	4,7	3,4	4,0	4,0
Staatsverbrauch	4,8	4,1	2,5	2,9	5,2	2,5	2,0
Anlageinvestitionen	4,7	4,0	3,5	4,2	3,8	3,5	3,5
Ausrüstungen	2,5	1,7	1,5	1,9	1,4	1,5	1,5
Bauten	6,9	5,3	4,5	5,7	5,0	4,5	4,5
Ausfuhr	1,7	0,9	1,0	1,3	0,5	1,0	1,5
Einfuhr	2,1	-1,4	0,0	-0,3	-2,5	-1,5	1,0
Bruttoinlandsprodukt	4,2	4,5	4,0	4,6	4,5	4,5	3,5

5. Einkommensentstehung und -verteilung
 a) Mrd. DM

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1 422,1	1 506,1	1 518,0	699,4	806,7	715,5	802,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	1 154,6	1 223,6	1 228,5	567,5	656,1	578,5	650,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	778,8	814,4	818,5	376,5	437,9	386,0	432,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	586,7	593,5	601,5	316,9	276,7	306,0	296,0
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	494,2	498,3	503,5	268,6	229,7	257,5	246,0
Entnahmen ⁵⁾⁶⁾	460,3	470,9	475,0	252,2	218,7	251,5	223,5
Nichtentnommene Gewinne	33,8	27,4	28,5	16,4	11,0	6,0	22,5
Volkseinkommen	2 008,8	2 099,7	2 119,5	1 016,3	1 083,4	1 021,0	1 098,5
Abschreibungen	327,0	352,0	376,5	173,2	178,8	185,5	191,5
Indirekte Steuern ./ Subventionen	295,5	323,3	336,0	159,6	163,7	164,5	171,0
Bruttosozialprodukt	2 631,2	2 774,9	2 832,0	1 349,1	1 425,8	1 371,0	1 461,0

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	7,9	5,9	1,0	5,8	6,0	2,5	-0,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	7,9	6,0	0,5	5,9	6,0	2,0	-1,0
Nettolohn- und -gehaltsumme	4,7	4,6	0,5	2,6	6,3	2,5	-1,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	5,9	5,5	2,0	4,9	6,1	3,5	1,0
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	2,7	4,1	2,5	1,6	6,4	4,5	0,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	3,4	1,2	1,5	1,0	1,4	-3,5	7,0
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	2,3	0,8	1,0	-1,4	3,6	-4,0	7,0
Entnahmen ⁵⁾⁶⁾	10,2	2,3	1,0	4,0	0,4	0,0	2,0
Volkseinkommen	6,5	4,5	1,0	4,3	4,8	0,5	1,5
Abschreibungen	8,9	7,7	7,0	8,0	7,3	7,0	7,0
Indirekte Steuern ./ Subventionen	16,6	9,4	4,0	16,3	3,4	3,0	4,5
Bruttosozialprodukt	7,9	5,5	2,0	6,1	4,9	1,5	2,5

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte
 a) Mrd. DM

Nettolohn- und -gehaltsumme	778,8	814,4	818,5	376,5	437,9	386,0	432,5
Übertragene Einkommen ⁷⁾	410,8	431,2	457,5	209,3	221,9	222,0	236,0
Entnahmen ⁸⁾	525,4	541,5	561,0	283,2	258,3	290,5	270,5
Abzüge:							
Zinsen auf Konsumentenschulden	26,8	32,1	35,5	15,4	16,6	17,5	18,0
Geleistete Übertragungen ⁸⁾	48,2	45,6	47,0	22,5	23,1	23,0	24,0
Verfügbares Einkommen	1 640,0	1 709,4	1 755,0	831,0	878,3	857,5	897,0
Privater Verbrauch	1 420,7	1 492,7	1 534,0	725,7	767,1	749,0	785,0
Ersparnis	219,3	216,7	221,0	105,4	111,3	109,0	112,0
Sparquote (vH) ⁹⁾	13,4	12,7	12,5	12,7	12,7	12,5	12,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Nettolohn- und -gehaltsumme	4,7	4,6	0,5	2,6	6,3	2,5	-1,5
Übertragene Einkommen ⁷⁾	8,0	5,0	6,0	5,3	4,6	6,0	6,5
Entnahmen ⁸⁾	12,0	3,1	3,5	4,1	2,0	2,5	5,0
Verfügbares Einkommen	7,2	4,2	2,5	3,6	4,8	3,0	2,0
Privater Verbrauch	7,5	5,1	2,5	5,1	5,1	3,0	2,5
Ersparnis	4,8	-1,2	2,0	-5,4	3,1	3,5	0,5

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
 Vorausschätzung für das Jahr 1993
OSTDEUTSCHLAND

	1991 ¹⁰⁾	1992 ¹⁰⁾	1993 ²⁾	1992 ¹⁰⁾		1993 ²⁾	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

1. Entstehung des Inlandsprodukts
 Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Erwerbstätige im Inland	-19,0	-11,7	-4,0	-14,9	-8,1	-4,5	-3,0
Arbeitszeit (arbeitstäglich)	-17,8	9,9	0,5	12,0	7,7	1,0	0,0
Arbeitstage ³⁾	-0,4	0,6	0,0	0,4	0,9	0,0	0,5
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	-33,7	-2,3	-3,0	-4,3	-0,1	-3,5	-2,5
Produktivität ¹¹⁾	3,5	9,3	9,0	12,0	6,6	9,5	9,0
Bruttoinlandsprodukt real	-31,4	6,8	5,5	7,2	6,5	5,5	6,0

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	186,7	216,1	232,5	101,9	114,2	110,5	122,0
Staatsverbrauch	86,2	105,9	117,0	45,6	60,3	51,5	65,5
Anlageinvestitionen	82,9	108,9	130,5	49,3	59,6	59,5	71,0
Ausrüstungen	40,4	46,1	51,5	21,2	25,0	23,5	28,0
Bauten	42,6	62,8	79,0	28,1	34,7	36,0	43,5
Vorratsveränderung	2,7	0,4	0,0	3,2	-2,8	4,5	-4,5
Außenbeitrag	-172,3	-196,0	-199,0	-94,2	-101,8	-98,0	-101,0
Ausfuhr	44,0	51,2	56,5	25,0	26,3	27,0	29,5
Einfuhr	216,3	247,3	255,5	119,1	128,1	125,0	130,5
Bruttoinlandsprodukt	186,2	235,3	281,5	105,8	129,5	128,0	153,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	17,1	15,8	7,5	19,5	12,6	8,5	6,5
Staatsverbrauch	21,5	22,9	10,5	32,6	16,4	13,0	8,5
Anlageinvestitionen	35,7	31,3	20,0	33,9	29,3	21,0	19,0
Ausrüstungen	98,6	14,3	11,5	19,3	10,4	12,0	11,5
Bauten	4,4	47,4	26,0	47,4	47,5	27,5	25,0
Ausfuhr	-22,1	16,5	10,5	22,1	11,6	8,0	12,0
Einfuhr	96,4	14,3	3,5	20,0	9,4	5,0	1,5
Bruttoinlandsprodukt	-18,3	26,4	19,5	31,3	22,7	21,0	18,5

3. Verwendung des Inlandsprodukts in Preisen von 1991

a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	186,7	196,7	194,5	93,3	103,5	93,0	101,5
Staatsverbrauch	86,2	90,1	90,0	42,1	48,0	42,0	48,0
Anlageinvestitionen	82,9	102,9	118,0	46,9	56,0	54,5	63,5
Ausrüstungen	40,4	45,7	50,5	21,0	24,8	23,5	27,0
Bauten	42,6	57,2	67,5	25,9	31,2	31,0	36,5
Vorratsveränderung	2,7	1,1	0,0	3,5	-2,4	4,5	-4,5
Außenbeitrag	-172,3	-191,9	-192,5	-92,2	-99,8	-95,0	-97,5
Ausfuhr	44,0	50,7	55,0	25,0	25,7	26,5	28,5
Einfuhr	216,3	242,6	247,0	117,1	125,5	121,5	125,5
Bruttoinlandsprodukt	186,2	198,9	210,5	93,6	105,3	99,0	111,5
nachrichtlich:							
Bruttosozialprodukt	195,4	209,9	220,5	98,9	110,9	104,0	117,0

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	3,8	5,4	-1,0	5,9	4,9	0,0	-2,0
Staatsverbrauch	-4,3	4,5	0,0	8,0	1,6	0,0	0,0
Anlageinvestitionen	27,7	24,0	14,5	25,1	23,2	15,5	13,5
Ausrüstungen	100,1	13,3	10,0	17,4	10,0	11,0	9,0
Bauten	-4,9	34,2	18,0	32,1	36,1	19,5	17,0
Ausfuhr	-25,2	15,3	8,0	20,8	10,3	6,5	10,0
Einfuhr	88,8	12,2	2,0	17,3	7,7	4,0	0,0
Bruttoinlandsprodukt	-31,4	6,8	5,5	7,2	6,5	5,5	6,0
nachrichtlich:							
Bruttosozialprodukt	-28,4	7,4	5,0	8,9	6,0	5,0	5,5

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
 Vorausschätzung für das Jahr 1993
 noch: OSTDEUTSCHLAND

	1991 ¹⁰⁾	1992 ¹⁰⁾	1993 ²⁾	1992 ¹⁰⁾		1993 ²⁾	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (1991 = 100) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Privater Verbrauch	12,8	9,9	8,5	12,8	7,4	8,5	9,0
Staatsverbrauch	26,9	17,6	10,5	22,8	14,6	13,0	8,5
Anlageinvestitionen	6,3	5,9	5,0	7,0	5,0	4,5	5,0
Ausrüstungen	-0,7	0,9	1,5	1,6	0,4	1,0	2,0
Bauten	9,8	9,8	6,5	11,6	8,4	6,5	6,5
Ausfuhr	4,2	1,1	2,0	1,1	1,1	2,0	2,0
Einfuhr	4,0	1,9	1,5	2,3	1,6	1,0	1,5
Bruttoinlandsprodukt	19,2	18,3	13,0	22,5	15,1	14,5	12,0

5. Einkommensentstehung und -verteilung
 a) Mrd. DM

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	184,2	222,2	241,5	100,7	121,5	112,0	129,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	151,7	184,8	201,0	83,8	101,0	93,0	108,0
Nettolohn- und -gehaltsumme	110,8	128,9	137,0	59,8	69,1	65,0	72,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	-11,4	-8,9	10,0	-4,9	-4,1	3,5	6,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	-15,3	-18,0	-0,5	-8,0	-10,0	0,5	-0,5
Entnahmen ⁵⁾⁶⁾	17,7	7,5	5,5	7,2	0,3	3,0	2,5
Nichtentnommene Gewinne	-33,0	-25,5	-6,0	-15,2	-10,3	-3,0	-3,0
Volkseinkommen	172,8	213,2	251,5	95,8	117,4	115,5	136,5
Abschreibungen	26,9	30,0	33,0	14,6	15,4	16,0	17,0
Indirekte Steuern ./ Subventionen	-4,3	3,7	8,0	0,9	2,9	2,0	6,0
Bruttosozialprodukt	195,4	246,9	292,5	111,2	135,7	133,5	159,0

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	9,3	20,6	8,5	20,3	20,8	11,0	6,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	6,0	21,8	9,0	21,4	22,2	11,0	7,0
Nettolohn- und -gehaltsumme	-2,3	16,3	6,5	15,0	17,5	8,5	4,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	31,0	38,5	14,5	42,9	34,0	17,5	11,5
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	20,8	32,3	12,0	35,4	28,8	15,5	9,0
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen
Entnahmen ⁵⁾⁶⁾	84,2	-57,5	-24,0	446,2	-98,2	-55,5	762,0
Volkseinkommen	-14,9	23,4	18,0	33,2	16,3	20,5	16,0
Abschreibungen	7,8	11,2	9,5	11,8	10,7	10,0	9,0
Indirekte Steuern ./ Subventionen
Bruttosozialprodukt	-14,7	26,4	18,5	32,4	21,8	20,0	17,0

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte
 a) Mrd. DM

Nettolohn- und -gehaltsumme	110,8	128,9	137,0	59,8	69,1	65,0	72,5
Übertragene Einkommen ⁷⁾	71,8	100,5	111,0	47,6	52,9	54,0	56,5
Entnahmen ⁶⁾	22,3	23,8	24,0	11,3	12,5	9,5	14,5
Abzüge:							
Zinsen auf Konsumentenschulden	2,2	4,3	5,5	1,8	2,5	2,5	3,0
Geleistete Übertragungen ⁸⁾	2,8	3,5	4,0	1,8	1,7	2,0	2,0
Verfügbares Einkommen	199,9	245,4	262,5	115,0	130,4	124,0	138,5
Privater Verbrauch	186,7	216,1	232,5	101,9	114,2	110,5	122,0
Ersparnis	13,2	29,3	30,0	13,1	16,2	13,5	16,5
Sparquote (vH) ⁹⁾	6,6	11,9	11,5	11,4	12,4	11,0	12,0

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Nettolohn- und -gehaltsumme	-2,3	16,3	6,5	15,0	17,5	8,5	4,5
Übertragene Einkommen ⁷⁾	75,2	39,9	10,0	45,0	35,6	14,0	7,0
Entnahmen ⁶⁾	106,5	6,7	1,5	206,2	-33,0	-15,5	17,0
Verfügbares Einkommen	23,1	22,8	7,0	33,0	14,9	8,0	6,0
Privater Verbrauch	17,1	15,8	7,5	19,5	12,6	8,5	6,5
Ersparnis	340,8	121,9	3,0	1 049,1	34,1	4,0	2,5

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für das Jahr 1993
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

	1991 ¹⁾ ¹⁰⁾	1992 ¹⁾ ¹⁰⁾	1993 ²⁾	1992 ¹⁾ ¹⁰⁾		1993 ²⁾	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

1. Entstehung des Inlandsprodukts
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Erwerbstätige im Inland	-2,6	-1,7	-2,0	-1,9	-1,4	-2,0	-2,0
Arbeitszeit (arbeitstäglich)	-4,4	1,1	-1,5	1,7	0,5	-1,0	-1,5
Arbeitstage ³⁾	-0,1	0,6	0,0	0,3	0,9	0,0	0,0
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	-7,0	0,0	-3,5	0,1	0,0	-3,0	-3,5
Produktivität ¹¹⁾	8,2	1,9	2,0	2,5	1,4	1,5	2,5
Bruttoinlandsprodukt real	0,6	2,0	-1,5	2,6	1,4	-2,0	-1,0

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen
a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	1 607,4	1 708,8	1 766,0	827,6	881,3	859,5	907,0
Staatsverbrauch	554,3	605,0	627,5	275,8	329,2	287,0	340,5
Anlageinvestitionen	648,0	705,2	733,0	335,9	369,3	344,5	388,5
Ausrüstungen	301,9	304,9	295,5	146,7	158,1	139,5	156,0
Bauten	346,1	400,4	437,5	189,2	211,2	205,0	232,5
Vorratsveränderung	-5,9	-5,5	-12,5	15,5	-21,0	10,0	-22,5
Außenbeitrag	-4,9	-6,3	-5,5	-4,0	-2,3	-3,5	-2,0
Ausfuhr ¹²⁾	711,2	712,3	701,5	354,8	357,5	345,5	356,5
Einfuhr ¹²⁾	716,1	718,6	707,5	358,8	359,8	349,0	358,5
Bruttoinlandsprodukt	2 798,8	3 007,3	3 108,5	1 450,8	1 556,5	1 497,5	1 611,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	8,6	6,3	3,5	6,7	6,0	4,0	3,0
Staatsverbrauch	7,6	9,2	3,5	10,1	8,4	4,0	3,5
Anlageinvestitionen	14,1	8,8	4,0	10,5	7,4	2,5	5,0
Ausrüstungen	18,7	1,0	-3,0	3,3	-1,1	-5,0	-1,5
Bauten	10,4	15,7	9,5	16,8	14,7	8,5	10,0
Ausfuhr ¹²⁾	-3,5	0,1	-1,5	1,2	-0,9	-2,5	-0,5
Einfuhr ¹²⁾	10,5	0,3	-1,5	1,7	-0,9	-2,5	-0,5
Bruttoinlandsprodukt	5,8	7,4	3,5	8,2	6,8	3,0	3,5

3. Verwendung des Inlandsprodukts in Preisen von 1991
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	3,6	1,6	-1,0	1,0	2,1	-1,0	-1,5
Staatsverbrauch	-0,3	2,8	0,0	4,2	1,5	0,0	0,0
Anlageinvestitionen	8,7	4,6	0,5	5,8	3,5	-1,0	1,5
Ausrüstungen	16,1	-0,6	-4,5	1,3	-2,4	-6,0	-2,5
Bauten	2,9	9,1	4,0	9,7	8,6	3,0	5,0
Ausfuhr ¹²⁾	-4,9	-0,5	-3,0	0,1	-1,1	-3,5	-2,5
Einfuhr ¹²⁾	7,9	2,1	-1,5	2,3	1,9	-1,0	-2,0
Bruttoinlandsprodukt	0,6	2,0	-1,5	2,6	1,4	-2,0	-1,0
nachrichtlich: Bruttosozialprodukt	0,7	1,5	-1,5	2,1	0,9	-2,0	-0,5

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (1991 = 100)
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	4,8	4,7	4,5	5,6	3,8	4,5	4,5
Staatsverbrauch	7,9	6,2	3,5	5,7	6,8	4,0	3,5
Anlageinvestitionen	5,0	4,1	3,5	4,4	3,7	3,5	3,5
Ausrüstungen	2,2	1,6	1,5	1,9	1,3	1,5	1,5
Bauten	7,3	6,0	5,0	6,5	5,6	5,0	5,0
Ausfuhr	1,5	0,7	1,5	1,1	0,2	1,0	2,0
Einfuhr	2,4	-1,7	0,0	-0,6	-2,8	-1,5	1,5
Bruttoinlandsprodukt	5,2	5,4	4,5	5,5	5,3	5,0	4,5

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
 Vorausschätzung für das Jahr 1993
 noch: **BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND**

	1991 ¹⁾ ¹⁰⁾	1992 ¹⁾ ¹⁰⁾	1993 ²⁾	1992 ¹⁾ ¹⁰⁾		1993 ²⁾	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. DM

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1 606,3	1 728,3	1 759,5	800,1	928,2	827,0	932,0
Bruttolohn- und -gehaltsumme	1 306,3	1 408,4	1 429,5	651,3	757,1	671,5	758,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	889,6	943,2	955,5	436,2	507,0	451,0	504,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	575,3	584,6	612,0	312,0	272,6	309,5	302,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	478,8	480,3	503,5	260,7	219,7	258,0	245,0
Entnahmen ⁵⁾ ⁶⁾	478,0	478,4	480,5	259,4	219,0	255,0	226,0
Nichtentnommene Gewinne	0,8	2,0	22,5	1,3	0,7	3,0	19,5
Volkseinkommen	2 181,6	2 312,9	2 371,0	1 112,1	1 200,8	1 136,5	1 234,5
Abschreibungen	353,9	382,0	409,5	187,8	194,2	201,5	208,0
Indirekte Steuern ./.. Subventionen	291,2	327,0	344,0	160,5	166,5	166,5	177,0
Bruttosozialprodukt	2 826,6	3 021,8	3 124,5	1 460,3	1 561,5	1 504,5	1 620,0

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	8,1	7,6	2,0	7,5	7,7	3,5	0,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	7,7	7,8	1,5	7,7	7,9	3,0	0,0
Nettolohn- und -gehaltsumme	3,7	6,0	1,5	4,1	7,7	3,5	-0,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	11,5	10,2	4,0	10,5	10,0	5,5	2,5
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	7,4	8,4	4,0	6,9	9,8	6,0	2,0
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	-4,5	1,6	4,5	3,3	-0,2	-1,0	11,0
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	-5,5	0,3	5,0	0,5	0,1	-1,0	11,5
Entnahmen ⁵⁾ ⁶⁾	11,8	0,1	0,5	6,4	-6,5	-1,5	3,0
Volkseinkommen	4,5	6,0	2,5	6,3	5,8	2,0	3,0
Abschreibungen	8,8	7,9	7,0	8,3	7,5	7,0	7,0
Indirekte Steuern ./.. Subventionen	14,4	12,3	5,0	17,7	7,5	4,0	6,5
Bruttosozialprodukt	5,9	6,9	3,5	7,7	6,2	3,0	3,5

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte

a) Mrd. DM

Nettolohn- und -gehaltsumme	889,6	943,2	955,5	436,2	507,0	451,0	504,5
Übertragene Einkommen ⁷⁾	482,6	531,7	568,5	256,9	274,8	276,0	292,5
Entnahmen ⁶⁾	547,7	565,3	585,0	294,6	270,8	300,0	285,5
Abzüge:							
Zinsen auf Konsumentenschulden	29,0	36,4	41,0	17,3	19,1	20,0	21,0
Geleistete Übertragungen ⁸⁾	51,0	49,1	51,0	24,3	24,8	25,0	26,0
Verfügbares Einkommen	1 839,9	1 954,8	2 017,5	946,0	1 008,7	982,0	1 035,5
Privater Verbrauch	1 607,4	1 708,8	1 766,0	827,6	881,3	859,5	907,0
Ersparnis	232,5	245,9	251,5	118,5	127,4	122,5	128,5
Sparquote (vH) ⁹⁾	12,6	12,6	12,5	12,5	12,6	12,5	12,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Nettolohn- und -gehaltsumme	3,7	6,0	1,5	4,1	7,7	3,5	-0,5
Übertragene Einkommen ⁷⁾	14,5	10,2	7,0	10,9	9,4	7,5	6,5
Entnahmen ⁶⁾	14,1	3,2	3,5	6,8	-0,4	2,0	5,5
Verfügbares Einkommen	8,7	6,2	3,0	6,5	6,0	4,0	2,5
Privater Verbrauch	8,6	6,3	3,5	6,7	6,0	4,0	3,0
Ersparnis	9,6	5,8	2,0	5,3	6,2	3,5	1,0

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
 Vorausschätzung für das Jahr 1993
 noch: **BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND**

	1991 ¹⁾ 10)	1992 ¹⁾ 10)	1993 ²⁾	1992 ¹⁾ 10)		1993 ²⁾	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates
 a) Mrd. DM

Einnahmen							
Steuern	690,8	755,3	778,5	363,2	392,2	368,5	410,0
Sozialbeiträge	515,3	559,0	583,0	261,7	297,3	277,5	305,5
Erwerbseinkünfte	36,0	48,5	44,5	28,9	19,6	27,5	17,0
Sonstige Übertragungen	32,8	39,2	42,5	17,1	22,1	19,5	23,0
Vermögensübertragungen, Abschreibungen	29,3	32,0	33,5	15,2	16,8	16,0	17,5
Einnahmen insgesamt	1 304,2	1 433,9	1 482,5	685,9	748,0	709,5	773,0
Ausgaben							
Staatsverbrauch	554,3	605,0	627,5	275,8	329,2	287,0	340,5
Zinsen	76,6	99,1	108,0	46,7	52,4	52,5	55,5
Laufende Übertragungen an	624,5	671,3	718,5	325,2	346,1	348,5	369,5
Private Haushalte	489,7	548,3	590,0	266,4	281,9	287,5	302,5
Unternehmen	73,6	68,6	70,5	31,6	37,0	32,5	38,0
Übrige Welt	61,2	54,4	57,5	27,3	27,2	28,5	29,0
Vermögensübertragungen	63,3	57,2	62,0	21,5	35,8	24,5	37,0
Bruttoinvestitionen	74,6	84,8	90,0	38,0	46,9	40,0	50,0
Ausgaben insgesamt	1 393,2	1 517,4	1 605,5	707,2	810,3	752,5	852,5
Finanzierungssaldo	-89,1	-83,5	-123,0	-21,3	-62,2	-43,0	-80,0

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	12,2	9,3	3,0	16,3	3,6	1,5	4,5
Sozialbeiträge	11,6	8,5	4,5	8,7	8,3	6,0	3,0
Erwerbseinkünfte	-0,2	34,8	-8,0	39,3	28,7	-4,5	-13,0
Sonstige Übertragungen	20,5	19,3	9,0	9,4	28,3	15,5	3,5
Vermögensübertragungen, Abschreibungen	8,9	9,3	5,5	9,9	8,7	7,0	4,0
Einnahmen insgesamt	11,7	9,9	3,5	13,7	6,7	3,5	3,5
Ausgaben							
Staatsverbrauch	7,6	9,2	3,5	10,1	8,4	4,0	3,5
Zinsen	17,5	29,3	9,0	19,8	39,1	12,5	6,5
Laufende Übertragungen an	14,8	7,5	7,0	7,2	7,8	7,0	7,0
Private Haushalte	14,8	12,0	7,5	13,0	11,0	8,0	7,5
Unternehmen	-6,0	-6,8	3,0	-4,9	-8,3	3,0	2,5
Übrige Welt	55,8	-11,1	6,0	-21,2	2,1	5,0	7,0
Vermögensübertragungen	69,6	-9,6	8,5	-29,5	8,9	15,5	4,0
Bruttoinvestitionen	9,7	13,7	6,0	21,9	7,7	5,0	6,5
Ausgaben insgesamt	13,3	8,9	6,0	8,0	9,7	6,5	5,0

1) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (vgl. Wirtschaft und Statistik, Heft 3/1993, und Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen) sowie eigenen Berechnungen von Arbeitszeit und Produktivität; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — 2) Schätzung der beteiligten Institute; Angaben gerundet. — 3) Veränderung der Zahl der Arbeitstage nur zur Hälfte berücksichtigt. — 4) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991 je Erwerbstätigenstunde. — 5) Nach Abzug der Zinsen auf Konsumenten- und auf öffentliche Schulden. — 6) Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen. — 7) Soziale Leistungen (nach Abzug der Lohnsteuer auf Pensionen, der Beiträge des Staates und der Unternehmen für Empfänger sozialer Leistungen und deren Eigenbeiträge zur Sozialversicherung), sonstige Übertragungen des Staates an private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbszweck, internationale Übertragungen. — 8) Nicht zurechenbare Steuern, freiwillige Sozialbeiträge der Selbständigen, Hausfrauen u.ä., Rückerstattungen und sonstige laufende Übertragungen an den Staat, Nettoprämien für Schadenversicherungen abzüglich Schadenversicherungsleistungen, internationale private Übertragungen. — 9) Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens. — 10) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (vgl. Wirtschaft und Statistik, Heft 3/1993 und Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen) und Berechnungen des DIW; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — 11) Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1991 je Erwerbstätigenstunde. — 12) Angaben für die Bundesrepublik Deutschland um innerdeutsche Transaktionen bereinigt. — 13) Gebietskörperschaften, ERP-Sondervermögen, Lastenausgleichsfonds, Fonds Deutsche Einheit, Kreditabwicklungsfonds und Sozialversicherungen.

ropa besonders betroffenen Branchen auch konjunkturell sehr anfällig sind. Die Bundesrepublik sollte solchen Protektionsbegehren strikt entgegenreten und sich dafür einsetzen, daß die EG ihren Protektionismus aufgibt. Wie sehr ein freier Handel mit den Ländern Mittel- und Osteuropas

im übrigen gerade auch im Interesse der Bundesrepublik ist, zeigt sich schon daran, daß im zurückliegenden Jahr die westdeutschen Ausfuhren in die Reformländer stark gestiegen sind, während die in die meisten anderen Länder zurückgingen.

Der nächste Wochenbericht erscheint am 21. Mai 1993

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Doris Cornelsen, Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Kurt Hornschild
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-1000 Berlin 41, Telefon (030) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304